

Politik + Gesellschaft

Die Vermögensverteilung in Deutschland und Europa

vbw

Studie

Stand: August 2026

Eine vbw Studie, erstellt von IW Köln

Die bayerische Wirtschaft



Hinweis

Zitate aus dieser Publikation sind unter Angabe der Quelle zulässig.

Vorwort

Vermögensverteilung – Vorurteilen auf der Spur

Die Vermögensverteilung ist immer wieder Anstoß für Gerechtigkeitsdebatten. Eine ungleiche Verteilung der Vermögen wird in der öffentlichen Diskussion häufig als ein Beleg für mangelnde soziale Gerechtigkeit herangezogen. Um diesem Missstand entgegenzuwirken, wird eine Umverteilung, beispielsweise durch eine Vermögens- oder Erbschaftsteuer, gefordert.

Dabei werden entscheidende Einflussfaktoren auf die Vermögensverteilung häufig ignoriert. So weisen im internationalen Vergleich insbesondere Länder mit einem ausgeprägten Wohlfahrts- und Sozialstaat ein höheres Maß an Vermögensungleichheit auf. Entscheidend hierfür ist, dass Anwartschaften in den sozialen Sicherungssystemen nicht bei der Betrachtung der individuellen Vermögen beachtet werden und gleichzeitig eine umfangreiche Absicherung sowohl die Anreize als auch die Möglichkeiten zum individuellen Vermögensaufbau mindert.

In unserer Studie wird die Verteilung der Vermögen in Deutschland in den internationalen Kontext eingeordnet. Zudem wird auf die Zusammensetzung der Vermögen in Deutschland eingegangen. Hierbei kann zum einen nachgewiesen werden, dass Betriebsvermögen eine zentrale Bedeutung im obersten Bereich der Vermögensverteilung haben. Zum anderen wird dargelegt, welche Einfluss die geringe Bedeutung von Wohneigentum hierzulande für die Vermögensungleichheit hat.

Losgelöst von der Frage der Vermögensverteilung sind die realen Vermögen in Deutschland über die letzten 15 Jahre gestiegen. Ausschlaggebend für diese erfreuliche Entwicklung ist die positive Beschäftigungs- und Realeinkommensentwicklung in der zweiten Hälfte der 2010er Jahre. Für die Zukunft folgt daraus, dass unser gesamtgesellschaftlicher Wohlstand nur gesichert werden kann, wenn der Wirtschaftsstandort Deutschland wettbewerbsfähig bleibt. Neue Zusatzbelastungen z. B. aus einer Vermögenssteuer wirken in dieser Hinsicht jedoch kontraproduktiv.

Bertram Brossardt
August 2026

Inhalt

1	Das Wichtigste in Kürze	1
2	Ausgangslage und Zielsetzung	3
3	Die Vermögensverteilung in Deutschland	5
3.1	Höhe und regionale Unterschiede der Vermögen	7
3.2	Entwicklung und Zusammensetzung der Vermögen	10
3.3	Ungleichheit der Vermögensverteilung	17
4	Die Vermögensverteilung im europäischen Vergleich	22
4.1	Unterschiede in der Vermögenshöhe und der Vermögensungleichheit	22
4.2	Zusammenhang zwischen Vermögensverteilung und Sozialstaat	28
4.3	Bedeutung der gesetzlichen Rentenansprüche	31
4.4	Unterschiede in der Vermögenszusammensetzung	35
4.5	Subjektive Wahrnehmungen zu Vermögensunterschieden	39
5	Ungleichheit und die Hinzuschätzung hoher Vermögen	42
5.1	Hinzuschätzung hoher Vermögen und Uprating	43
5.2	Bedeutung von Betriebsvermögen im oberen Vermögensbereich	45
5.3	Ungleichheit im obersten Vermögensbereich	47
6	Schlussbetrachtung und Ableitungen	50
	Literaturverzeichnis	53
	Abbildungsverzeichnis	57
	Tabellenverzeichnis	58
	Anhang	59
	Ansprechpartner/Impressum	62

1 Das Wichtigste in Kürze

Die Höhe der Vermögensungleichheit in Deutschland ist typisch für etablierte Wohlfahrtsstaaten und entwickelte sich zuletzt eher rückläufig.

Über die Höhe der Vermögensungleichheit wird in Deutschland kontrovers und häufig emotional diskutiert. Die öffentliche Debatte wird dabei oftmals von negativen Einordnungen geprägt, wie beispielsweise der Annahme eines stetigen Anstiegs der Vermögenskonzentration. Zudem wird Deutschland im europäischen Vergleich häufig als besonders negatives Beispiel für eine ungleiche Vermögensverteilung angeführt, wobei jedoch offenbleibt, welches Land als verteilungspolitisches Referenzmodell dienen soll. Die vorliegende Analyse überprüft daher anhand verfügbarer Daten und alternativer Messansätze, inwieweit sich die verbreiteten kritischen Einschätzungen zur Vermögensungleichheit empirisch bestätigen lassen. Die zentralen Ergebnisse lassen sich wie folgt zusammenfassen:

1. In Süddeutschland sind die Vermögen höher und gleichmäßiger verteilt als in anderen Teilen Deutschlands. Die geringsten Vermögenswerte sind in Ostdeutschland zu beobachten, was unter anderem auf eine geringere Wohneigentumsquote zurückzuführen ist. Für die individuelle Vermögensbildung der (oberen) Mittelschicht spielt der Erwerb von Wohneigentum noch immer eine zentrale Rolle.
2. Die nominalen, aber auch die realen Vermögen sind in Deutschland in allen Vermögensbereichen über die letzten 15 Jahre gestiegen – trotz inflationsbereinigten Rückgängen während der Hochinflationsphase in den Jahren 2022 und 2023. Im unteren Bereich haben Sichteinlagen relativ an Bedeutung gewonnen, im oberen Vermögensbereich spielen neben Immobilien insbesondere Betriebsvermögen eine wichtige Rolle.
3. Der Anstieg der mittleren realen Vermögen in Deutschland fällt im europäischen Vergleich überdurchschnittlich stark aus, die Durchschnittsvermögen sind überdurchschnittlich hoch. Gleichzeitig ist das Medianvermögen, welches die Bevölkerung in zwei gleich große Hälften teilt, eher gering. Das Verhältnis des Median- zum Durchschnittsvermögen fällt daher im europäischen Vergleich vergleichsweise niedrig aus – ein Hinweis auf eine eher hohe Vermögensungleichheit.
4. Die Vermögenshöhe hängt stark mit dem Lebensalter zusammen: Vermögen steigen typischerweise bis zum Ruhestand an und werden anschließend teilweise wieder aufgezehrt. Vermögensunterschiede spiegeln daher auch Lebenszykluseffekte wider. Zerlegungen zeigen, dass Vermögensunterschiede zwischen Altersgruppen knapp 30 Prozent der Ungleichheit der Haushaltsvermögen erklären.
5. Die relative Ungleichheit der Vermögensverteilung in Deutschland ist in den vergangenen zehn Jahren leicht zurückgegangen. Selbst bei Hinzuschätzung hoher Vermögen, die in Haushaltsbefragungen häufig nicht erfasst werden, zeigen verschiedene Ungleichheitsmaße seit der Wirtschafts- und Finanzkrise einen numerischen Rückgang.

6. Vor dem Hintergrund des geringen Medianvermögens in Kombination mit dem eher hohen Durchschnittsvermögen zählt Deutschland zu den europäischen Ländern mit eher hoher Vermögensungleichheit – ein Muster, das sich in vielen einkommensstarken Wohlfahrtsstaaten mit unauffälliger Einkommensungleichheit und umfassender sozialstaatlicher Absicherung zeigt. Bei Berücksichtigung der Rentenanwartschaften reduziert sich die Vermögensungleichheit in Deutschland überdurchschnittlich stark.
7. Mit Blick auf die Zusammensetzung der Vermögen trägt die geringe Verbreitung von selbstgenutztem Wohneigentum wesentlich zur Erklärung für die geringen Vermögenswerte der unteren Hälfte der Vermögensverteilung, für das geringe Medianvermögen und somit für die vergleichsweise hohe Vermögensungleichheit bei.
8. Ein Vergleich subjektiver Wahrnehmungen zeigt, dass eine höhere gemessene Vermögensungleichheit nicht zwangsläufig mit stärkerem Ärger über Vermögensunterschiede einhergeht. Besonders deutlich wird dies in den skandinavischen Ländern, in denen die Vermögensungleichheit zwar vergleichsweise hoch ist, aber weniger kritisch wahrgenommen wird. Kritische Einschätzungen hängen vielmehr mit der Höhe der Einkommensungleichheit und der wahrgenommenen Gesellschaftsstruktur zusammen. Deutschlands Einschätzungen liegen im Mittelfeld.
9. Anhand einer originär durchgeführten Hinzuschätzung fehlender Vermögenswerte kann die große Bedeutung von Betriebsvermögen im obersten Vermögensbereich belegt werden. Zudem zeigt die Berücksichtigung sehr hoher Vermögen, dass Deutschland bei Ungleichheitsmaßen, die besonders sensibel auf Unterschiede an der Vermögensspitze reagieren, keine auffälligen Werte aufweist.

Die Analyse belegt somit zunächst im Einklang mit bestehenden Studien, dass die Vermögensungleichheit erwartungsgemäß höher ausfällt, wenn die Untererfassung hoher Vermögen in Befragungsdaten berücksichtigt wird. Gleichwohl findet sich selbst unter Einbeziehung hoher Vermögen und unterschiedlicher Datensätze keine empirische Evidenz für einen Anstieg der Vermögensungleichheit seit der Finanzkrise – im Gegenteil, die numerischen Werte deuten seither eher auf eine rückläufige Vermögenskonzentration.

Zwar bestätigt der europäische Vergleich, dass die gemäß Gini-Koeffizienten gemessene Ungleichheit in Deutschland überdurchschnittlich hoch ausfällt. Gleichzeitig ist das deutsche Ungleichheitsniveau vergleichbar mit der Höhe der Vermögensungleichheit in skandinavischen Wohlfahrtsstaaten sowie weiteren Ländern, die über einen ähnlich hohen Lebensstandard und ein ausgeprägtes Maß an sozialstaatlicher Absicherung verfügen.

Darüber hinaus zeigen Ungleichheitsmaße, die besonders auf Unterschiede im oberen Bereich der Vermögensverteilung reagieren, dass Deutschland keine außergewöhnlich hohe Vermögenskonzentration an der Spitze aufweist. Die vergleichsweise hohe Vermögensungleichheit resultiert vielmehr maßgeblich daraus, dass die Vermögen in der unteren Hälfte der Verteilung gering ausfallen. Eine nachhaltige Verringerung der Vermögensungleichheit setzt daher vor allem voraus, dass breitere Bevölkerungsschichten Vermögen aufbauen können.

2 Ausgangslage und Zielsetzung

Wie hat sich die Vermögensverteilung in Deutschland entwickelt und wie ordnet sich Deutschland im Vergleich zu anderen Staaten ein?

Die Frage, wie gerecht Vermögen in Deutschland verteilt ist, ist in den vergangenen Jahren zunehmend in den Fokus der wirtschafts- und sozialpolitischen Debatte gerückt. Ausgangspunkt ist dabei weniger eine eindeutige empirische Entwicklung als vielmehr ein verbreitetes gesellschaftliches Empfinden: Eine große Mehrheit der Bevölkerung nimmt die Wohlstandsverteilung als ungerecht wahr und sieht politischen Handlungsbedarf. So brachten 81 Prozent der Befragten in einer Umfrage für den ARD DeutschlandTrend im April 2026 zum Ausdruck, dass sie den Wohlstand in Deutschland als eher ungerecht verteilt einschätzen (Infratest dimap, 2026). Entsprechend gewinnen Forderungen nach Instrumenten wie einer Vermögensteuer oder einer stärkeren Belastung hoher Einkommen und Erbschaften an Aufmerksamkeit.

Ein genauerer Blick zeigt jedoch, dass diese Wahrnehmung stark von Einordnungen geprägt ist, die nur bedingt zu der empirischen Datenlage zur Vermögensverteilung passt oder diese zumindest sehr einseitig einordnet. Im öffentlichen Diskurs dominieren insbesondere drei Einschätzungen: Erstens wird häufig unterstellt, dass die Vermögensungleichheit kontinuierlich zunehme. Zweitens wird das Ausmaß an Vermögensungleichheit besonders deswegen als kritisch hervorgehoben, weil Deutschland zu den Ländern mit im internationalen Vergleich besonders hoher Vermögensungleichheit zählt. Drittens wird argumentiert, dass die tatsächliche Konzentration von Vermögen noch deutlich höher und die Zunahme der Ungleichheit ungleich größer ausfallen müsste, da sehr große Vermögen in den gängigen Haushaltsbefragungsdatensätzen unzureichend erfasst werden. Diese Thesen prägen die Debatte maßgeblich, auch wenn ihre empirische Fundierung und institutionelle Einordnung im Detail weniger eindeutig ist als oft angenommen wird.

Hinzu kommt, dass sich die wirtschaftlichen Entwicklungen der vergangenen Jahre unterschiedlich auf Wahrnehmung und statistische Realität ausgewirkt haben. Zwar haben steigende Immobilienpreise, Börsenbewertungen und Einkommenssteigerungen während der Niedrigzinsphase zu spürbaren Vermögenszuwächsen geführt. Gleichzeitig wurden diese Effekte von zwischenzeitlichen Marktkorrekturen, inflationsbedingten realen Wertverlusten und einer insgesamt heterogenen Entwicklung über Vermögensklassen hinweg begleitet. Parallel dazu haben steigende Lebenshaltungskosten gerade bei Haushalten mit geringerem Einkommen in den letzten Jahren zu wachsender finanzieller Belastung geführt – ein Eindruck, der nicht zwingend deckungsgleich mit der langfristigen Entwicklung der Vermögensverteilung ist, aber die derzeitige öffentliche Wahrnehmung maßgeblich beeinflusst.

Vor diesem Hintergrund ist auch die aktuelle politische Diskussion zu sehen. Die angespannte Haushaltslage hat die Suche nach zusätzlichen Einnahmequellen verstärkt und damit die Debatte über vermögensbezogene Steuern neu belebt. Neben einer möglichen Wiedereinführung der Vermögensteuer stehen dabei auch Reformen der Erbschaftsteuer

oder eine stärkere Besteuerung von Kapitaleinkommen im Raum. Gleichzeitig wird auf potenzielle Zielkonflikte verwiesen, etwa mit Blick auf Investitionen, Unternehmensnachfolge und die internationale Wettbewerbsfähigkeit.

Auffällig ist jedoch, dass sich die zugrunde liegenden Problemwahrnehmungen häufig auf verkürzte oder selektive Interpretationen der Daten stützen. Sowohl die Messung von Vermögen als auch deren Verteilung ist mit methodischen Herausforderungen verbunden, die in der öffentlichen Debatte nicht immer ausreichend berücksichtigt werden. Dies gilt insbesondere für die Erfassung sehr hoher Vermögen, aber auch für internationale Vergleiche, die durch unterschiedliche Datenquellen und institutionelle Rahmenbedingungen beeinflusst werden. Genau hier setzt die vorliegende Analyse an. Auf Basis verschiedener verfügbarer Daten und alternativer Messansätze geht sie den verbreiteten Annahmen systematisch nach und überprüft, ob sich die sehr kritischen öffentlichen Wahrnehmungen durch empirisch belastbare Kennziffern zur Vermögensungleichheit bestätigen lassen.

In Kapitel 3 werden zunächst aktuelle Zahlen und Fakten zur Höhe und Entwicklung der Vermögensverteilung in Deutschland auf Grundlage verschiedener Datenbasen zusammengetragen und analysiert. In Kapitel 4 werden die nationalen Befunde anhand eines europäischen Vergleichs in den internationalen Kontext eingeordnet. Neben der vergleichenden Analyse der Höhe, Entwicklung und Verteilung der Vermögen wird insbesondere untersucht, welche institutionellen Faktoren mit der Höhe der Vermögensungleichheit eines Landes zusammenhängen. Das Kapitel schließt mit einem vergleichenden Blick auf subjektive Wahrnehmungen zur Vermögensverteilung. Anhand einer Datenanalyse werden in Kapitel 5 die Effekte der Hinzuschätzung fehlender Vermögenswerte auf Ungleichheitsmaße und die Zusammensetzung der Vermögen herausgearbeitet. Insbesondere wird untersucht, welche Bedeutung Betriebsvermögen im obersten Bereich der Vermögensverteilung haben. In der Schlussbetrachtung werden die Ergebnisse der Studie zusammengefasst und mit Blick auf bestehende Einordnungen zur Höhe und Entwicklung der Vermögensungleichheit kritisch eingeordnet.

3 Die Vermögensverteilung in Deutschland

Entgegen der weitläufigen Wahrnehmung ist das Niveau der relativen Vermögensungleichheit innerhalb der letzten Dekade rückläufig gewesen.

In einem ersten Schritt werden die Höhe, Verteilung und Entwicklung der Vermögen in Deutschland betrachtet. Eine zentrale Herausforderung bei der Analyse der Vermögensverteilung besteht dabei in der Wahl einer geeigneten Datengrundlage. Die vorliegende Auswertung stützt sich hierzu im Wesentlichen auf zwei Quellen: Zum einen werden die Befragungsdaten Private Haushalte und ihre Finanzen der Deutschen Bundesbank herangezogen (PHF, 2025). Die Erhebung wird seit 2010/11 im dreijährigen Turnus durchgeführt. Zuletzt wurden zwischen Mai 2023 und Februar 2024 rund 4.000 Haushalte detailliert zu ihrem Vermögensbesitz und möglichen Schulden befragt (Deutsche Bundesbank, 2025a). Die Daten wurden im April 2025 veröffentlicht und stellen zum Analysezeitpunkt die aktuellen verfügbaren Befragungsdaten zur Vermögenssituation privater Haushalte in Deutschland dar.

Die Erhebung von Vermögen geht jedoch mit großen Unsicherheiten einher. Ein viel diskutierter Aspekt betrifft die typischerweise unzureichende Erfassung sehr hoher Vermögen in Befragungsdaten. Im Rahmen zahlreicher Forschungsprojekte wurden in den vergangenen Jahren unterschiedliche Ansätze entwickelt, um hohe Vermögen in Analysen der Vermögensverteilung besser zu berücksichtigen (siehe unter anderem Bach et al., 2019). Eine häufig angewandte Methode besteht im Rückgriff auf Reichenlisten, beispielsweise von Forbes oder dem manager magazin, die jedoch ebenfalls nicht frei von methodischen Unsicherheiten sind.

Bei der Bewertung von (Privat-)Vermögen und Immobilien stellt insbesondere die korrekte Abschätzung bestehender Verbindlichkeiten eine große Herausforderung dar. In einer Studie von Raub et al. (2010) konnte bei einem Abgleich von Steuerdaten verstorbener US-Bürger mit der Forbes-Liste gezeigt werden, dass letztere die Vermögen um etwa 50 Prozent überschätzte. Dies wurde hauptsächlich auf Bewertungsschwierigkeiten, steuerliche Abgrenzungsschwierigkeiten und eine mangelhafte Einschätzung der Verbindlichkeiten zurückgeführt. Aufgrund der teilweise hohen Volatilität bestimmter Anlageklassen wie Aktien hängt die geschätzte Vermögenshöhe der Hochvermögenden ebenfalls stark vom Zeitpunkt der Bewertung ab. Zudem ist bei den Reichenlisten nicht immer klar nachvollziehbar, ob es sich um Vermögenswerte einer einzelnen Person oder ganzer Familienverbände handelt und ob einem Inländer- oder Inlandskonzept bei der Vermögenszuordnung gefolgt wird. Trotz dieser Herausforderungen werden die Informationen aus Reichenlisten mittels entsprechender Hinzuschätzungen in verfügbare Befragungsdaten integriert, um deren Auswirkungen auf die Verteilung der Nettovermögen zu quantifizieren und detailliertere Einblicke in die Vermögenszusammensetzung an der Vermögensspitze zu erhalten (vgl. Kapitel 5).

Abgleiche mit makrobasierten Referenzdaten der Deutschen Bundesbank zeigen darüber hinaus, dass auch andere Vermögenskomponenten – neben Wertpapieren etwa auch Sichteinlagen und (Lebens-)Versicherungen – in Befragungsdaten teilweise deutlich untererfasst sind (vbw, 2017, 63 ff.; Demary et al., 2021, 53 ff.). Diese spielen auch in der Vermögenszusammensetzung der privaten Haushalte im mittleren und unteren Vermögensbereich eine bedeutende Rolle. Werden somit ausschließlich Untererfassungen im oberen Vermögensbereich berücksichtigt, stellen die daraus resultierenden Ungleichheitsmaße eher obere Schätzwerte der tatsächlichen Vermögensungleichheit dar. Um auch die Untererfassung in weiteren Bereichen der Vermögensverteilung zu berücksichtigen, greifen Studien zunehmend auf weitere Hochrechnungsschritte zurück, welche die Vermögenskomponenten – entsprechend ihrer Verteilung in den Befragungsdaten – an Referenzdaten gesamtwirtschaftlicher Vermögensbilanzen und Schätzgrößen bezüglich der Höhe der Betriebsvermögen anpassen (Albers et al., 2020, 2024; Demary et al., 2021). Während die Ergänzung sehr hoher (Betriebs-)Vermögen erwartungsgemäß einen ungleichheitserhöhenden Effekt hat, impliziert die statistische Hochrechnung der Vermögen über die gesamte Vermögensverteilung in Berechnungen für Deutschland eher eine Reduktion der Ungleichheit (Demary et al., 2021).

Mit der verteilungsbasierten Vermögensbilanz (Distributional Wealth Accounts: DWA) stellt auch die Deutsche Bundesbank Daten zur Vermögensverteilung bereit, in denen die Befragungsdaten zur finanziellen Situation der Haushalte um Hinzuschätzungen hoher Vermögen gemäß der Reichenliste des manager magazins sowie makroökonomischer Hochrechnungen ergänzt werden (Deutsche Bundesbank, 2022). Umlagefinanzierte Rentenansprüche bleiben unberücksichtigt, da sie nach den Standards der Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnung (VGR) keinen handelbaren Vermögenswert des Haushaltssektors darstellen (ECB, 2024a). Darüber hinaus wird die befragungsbasierte Ausgangsverteilung mithilfe quartalsweiser Makrodaten – insbesondere zu Immobilienpreis- und Kapitalmarktentwicklungen – fortgeschrieben und an die jeweils verfügbaren makroökonomischen Kennzahlen angepasst. Auf diese Weise lassen sich quartalsweise Informationen zur Vermögensverteilung privater Haushalte ableiten. Durch dieses Vorgehen liegen mit der verteilungsbasierten Vermögensbilanz bereits Kennzahlen zur Vermögensverteilung in Deutschland bis zum dritten Quartal 2025 vor.

Auf Grundlage der europaweit harmonisierten Haushaltsbefragung Household Finance and Consumption Survey (HFCS) werden vergleichbare verteilungsbasierte Vermögensdaten auch für weitere Staaten des Euroraums ermittelt und über das Datenportal der Europäischen Zentralbank (ECB, 2026) bereitgestellt. Die verteilungsbasierte Vermögensbilanz deckt dabei den Großteil der Eurostaaten ab und ist öffentlich verfügbar.

Da Veränderungen in der Zusammensetzung und Verteilung der Vermögen zwischen zwei Befragungswellen nur eingeschränkt abgebildet werden können, stellen die fortgeschriebenen Verteilungskennziffern zunächst eine statistische Annäherung an die tatsächliche Vermögensverteilung dar. So bleibt beispielsweise weitgehend unberücksichtigt, ob und in welchem Umfang verschiedene Bevölkerungsgruppen ihre Beteiligung an bestimmten Vermögenskomponenten – etwa Immobilien- oder Kapitalmarktvermögen – verändern. Die

Unsicherheit der entsprechenden Kennziffern nimmt daher mit wachsendem zeitlichen Abstand zur zuletzt zugrunde liegenden Haushaltsbefragung zu.

Im Folgenden werden sowohl Ergebnisse auf Basis der originären Befragungsdaten dargestellt und diskutiert als auch die Vorteile der verteilungsbasierten Vermögensbilanz genutzt. Durch Hinzuschätzung hoher Vermögen und statistischer Hochrechnung der übrigen Vermögenskomponenten ermöglicht sie einen umfassenderen Blick auf die Vermögensverteilung in Deutschland und bietet zugleich einen Ausblick auf die zu erwartende Vermögensverteilung am aktuellen Rand.

3.1 Höhe und regionale Unterschiede der Vermögen

Den unbereinigten Vermögensbefragungsdaten der Deutschen Bundesbank für das Jahr 2023 zufolge betrug das durchschnittliche Nettovermögen der Privathaushalte rund 323.100 Euro (Abbildung 1). Das Nettovermögen ergibt sich aus den Bruttovermögen des Haushalts abzüglich etwaiger Verbindlichkeiten wie Hypotheken oder Konsumentenkredite. Zu den Bruttovermögen zählen selbstgenutztes und fremdgenutztes Immobilienvermögen, Finanzvermögen (Spar- und Girokonten, Bausparvermögen, Fonds, Anleihen, Aktien, Guthaben in privaten Rentenversicherungen), Wertgegenstände und Fahrzeuge sowie der Nettowert von Betriebsvermögen. Vermögen werden in den Befragungsdaten der Deutschen Bundesbank nur auf Haushaltsebene erfasst, weswegen sich die folgenden Analysen auf das Haushaltsnettovermögen fokussieren.

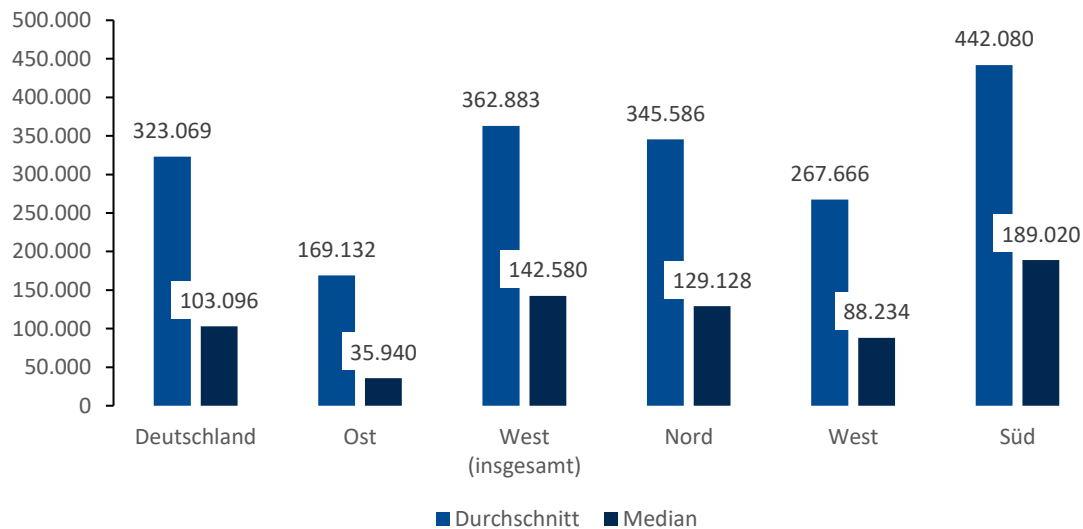
Im Vergleich dazu lag das mittlere Nettovermögen bei rund 103.100 Euro (Median). Der Median beschreibt den Punkt in der Vermögensverteilung, der die Haushalte in zwei gleich große Gruppen aufteilt. 50 Prozent der Haushalte verfügten dementsprechend über ein geringeres Vermögen und 50 Prozent über ein höheres. Unterschiede in der Vermögenshöhe zeigen sich auch bei einer regionalen Differenzierung. Im Westen (insgesamt) fallen die durchschnittlichen Nettovermögen mit rund 362.900 Euro mehr als doppelt so hoch aus wie im Osten mit 169.100 Euro (einschließlich Berlin). Der Median West (insgesamt) übersteigt den Median Ost sogar um beinahe das 4-Fache. Die geringeren Vermögen in Ostdeutschland sind maßgeblich eine Folge der erst seit der Wiedervereinigung möglichen privaten Vermögensbildung.

Die höchsten Vermögenswerte sind in Süddeutschland zu verzeichnen, wozu nach Abgrenzung der Deutschen Bundesbank die Bundesländer Bayern, Baden-Württemberg und Hessen gehören. Mit einem durchschnittlichen Nettovermögen pro Haushalt von knapp 442.100 Euro liegen die südlichen drei Bundesländer deutlich vor den nördlichen Bundesländern Niedersachsen, Schleswig-Holstein, Hamburg und Bremen mit 345.600 Euro und den westlichen Bundesländern Nordrhein-Westfalen, Rheinland-Pfalz und Saarland mit 267.700 Euro. Die Rangfolge der Regionen im ehemaligen Westdeutschland ändert sich bei Betrachtung der Medianvermögen nicht, wobei sich der Vermögensbereich von rund 88.200 Euro in der Region West bis zu 189.000 Euro im Süden aufspannt. Die höheren Vermögensbestände in Süddeutschland dürften auf verschiedene Gründe zurückzuführen sein und hängen unter anderem mit einer hohen Wirtschaftskraft, einem hohen Einkommens-

und Preisniveau und einer ausgeprägten mittelständischen Wirtschaftsstruktur zusammen, die anders als im Osten Deutschlands, aber auch anders als im Ruhrgebiet, einer stabileren historischen Entwicklung unterlag.

Abbildung 1

Höhe der Haushaltsnettovermögen nach Region, in Euro im Jahr 2023



Haushaltsebene und ohne Hinzuschätzung fehlender Vermögenswerte. Wohnort des Haushalts wird über den Wohnsitz des Hauptverdieners bestimmt: Ost = Mecklenburg-Vorpommern, Sachsen-Anhalt, Brandenburg, Berlin, Thüringen, Sachsen; Nord = Niedersachsen, Schleswig-Holstein, Hamburg, Bremen; West = Nordrhein-Westfalen, Rheinland-Pfalz, Saarland; Süd = Bayern, Baden-Württemberg, Hessen; West (insgesamt) = West + Nord + Süd.

Quellen: PHF, 2025; eigene Berechnungen

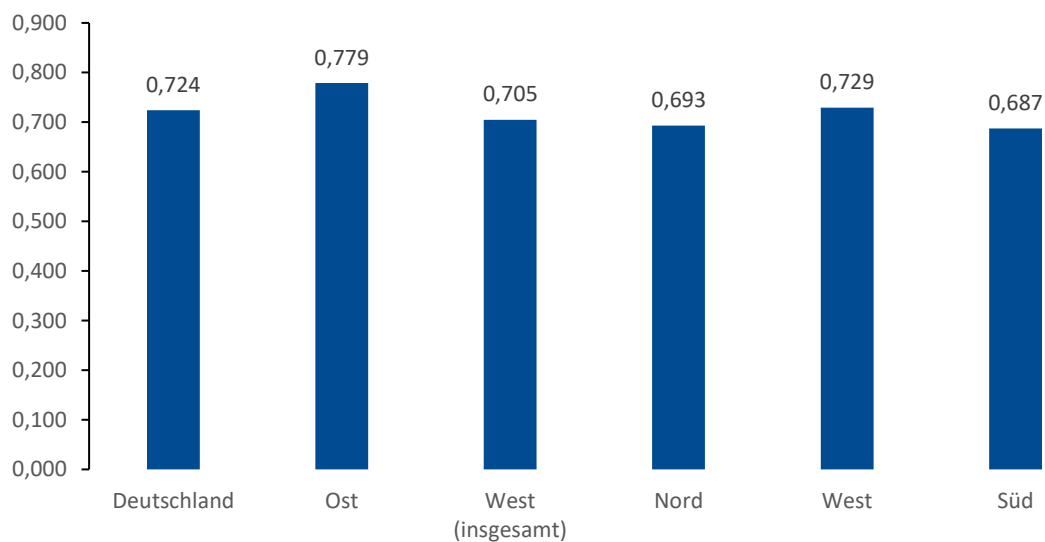
Der verhältnismäßig große Abstand zwischen Durchschnitts- und Medianwert deutet zudem auf eine ungleichmäßige Verteilung der Vermögenswerte hin. Je weiter beide Werte voneinander entfernt liegen, desto ungleicher ist eine Verteilung in aller Regel. Der Grad der Ungleichverteilung kann auch mithilfe des Gini-Koeffizienten gemessen werden, der in Abbildung 2 für die bereits zuvor genannten Regionen abgetragen ist. Da die Nettovermögen ebenfalls negative Werte (Schulden) umfassen können, ist der Gini-Koeffizient nicht wie gemeinhin üblich auf den Wertebereich von 0 bis 1 beschränkt, sondern kann theoretisch auch Werte größer als 1 annehmen, was in der Empirie jedoch kaum der Fall ist (alternativ kann der Gini auch auf einer Skala von 0 bis 100 dargestellt werden). In Deutschland lag der Gini-Koeffizient der Nettovermögen im Jahr 2023 bei 0,724 und fällt damit ungleich höher aus als der Gini-Koeffizient der monatlichen Nettoeinkommen in Höhe von 0,342 (Haushaltsebene ohne Bedarfsgewichtung). Neben verschiedenen Einflüssen wie der staatlichen sozialen Absicherung, die den privaten Vermögensaufbau beeinflusst, geht die höhere Vermögenskonzentration unter anderem darauf zurück, dass das Vermögen erst

langsam im Lebensverlauf aufgebaut wird und somit stärker vom Alter abhängig ist als das Einkommen (siehe Kapitel 3.2).

In Westdeutschland (insgesamt, ohne Berlin-West) sind die Nettovermögen gleichmäßiger verteilt als in Ostdeutschland. Die Gini-Koeffizienten nehmen Werte von 0,705 und respektive 0,779 an. Die gleichmäßigste Vermögensverteilung zeigt sich in Süddeutschland. Dort ist ein Gini-Koeffizient von 0,687 zu beobachten. Mit 0,729 fällt der Gini-Koeffizient in der regionalen Gruppe West, bestehend aus Nordrhein-Westfalen, Rheinland-Pfalz und Saarland, unter den westdeutschen Regionen am höchsten aus. Insgesamt lässt sich festhalten, dass die Vermögensungleichheit und die Vermögenshöhe innerhalb Deutschlands negativ miteinander korreliert sind, sodass Regionen mit höherem Vermögensniveau eine geringere Vermögenskonzentration aufweisen.

Abbildung 2

Ungleichheit der Haushaltsnettovermögen nach Region, Gini-Koeffizienten im Jahr 2023



Haushaltsebene und ohne Hinzuschätzungen fehlender Vermögenswerte. Wohnort des Haushalts wird über den Wohnsitz des Hauptverdieners bestimmt: Ost = Mecklenburg-Vorpommern, Sachsen-Anhalt, Brandenburg, Berlin, Thüringen, Sachsen; Nord = Niedersachsen, Schleswig-Holstein, Hamburg, Bremen; West = Nordrhein-Westfalen, Rheinland-Pfalz, Saarland; Süd = Bayern, Baden-Württemberg, Hessen; West (insgesamt) = West + Nord + Süd.

Quellen: PHF, 2025; eigene Berechnungen

3.2 Entwicklung und Zusammensetzung der Vermögen

In einem nächsten Schritt wird die Höhe und die Entwicklung der Vermögen in Deutschland betrachtet. Hierzu werden die angepassten Vermögensdaten der verteilungsbasierten Vermögensbilanz (DWA) für Deutschland herangezogen, da diese einen Blick auf die quartalsweisen Veränderungen der Vermögenshöhe vom 1. Quartal 2011 bis zum 3. Quartal 2025 erlauben. Auch diesen Betrachtungen liegen die Nettovermögen je Haushalt zugrunde, gegenüber der regionalen Auswertung im vorherigen Abschnitt sind hier jedoch die skizzierten Anpassungen und Hinzuschätzungen der verteilungsbasierten Vermögensbilanz berücksichtigt.

Die Ergebnisse in Tabelle 1 heben zunächst die merklichen Unterschiede in der Vermögenshöhe zwischen dem unteren und oberen Bereich der Vermögensverteilung hervor. Während das durchschnittliche Haushaltsnettovermögen der unteren Hälfte im 3. Quartal 2025 bei rund 20.000 Euro liegt, erreicht es im Durchschnitt des 6. bis 9. Dezils – und somit den nächstreicheren 40 Prozent der Bevölkerung – rund 455.000 Euro, bei den oberen 10 Prozent der Haushalte liegt das durchschnittliche Vermögen bei über 2,8 Millionen Euro.

Tabelle 1

Haushaltsnettovermögen nach Vermögensbereichen, in Euro

	Nominal			Real (in Preisen von Q3-2025)		
Mittelwerte	2011-Q1	2025-Q3	Delta	2011-Q1	2025-Q3	Delta
Untere 50 Prozent	9.600	20.300	+111,5%	13.500	20.300	+50,4%
Nächste 40 Prozent	203.400	454.900	+123,6%	286.500	454.900	+58,8%
Obere 10 Prozent	1.294.200	2.831.900	+118,8%	1.823.500	2.831.900	+55,3%
Median	56.900	126.600	+122,5%	80.100	126.600	+58,1%

Preisbereinigung mittels der harmonisierten Verbraucherpreisindizes von Eurostat (Quartalswert = Durchschnitt der monatlichen Preisindizes).

Quellen: DWA; ECB Data Portal (Stand März 2026); Eurostat; eigene Berechnungen

Bei der Einordnung der Vermögensunterschiede gilt es jedoch zu beachten, dass sich bereits ein beachtlicher Anteil der Unterschiede durch verschiedene Vermögenshöhen je nach Lebensalter erklären lassen. Bezüglich der verfügbaren hinzugeschätzten Werte der verteilungsbasierten Vermögensbilanz ist eine Differenzierung der Vermögenshöhe nach

dem Alter nicht möglich. Eine Analyse der unbereinigten Vermögenswerte der Befragung der privaten Haushalte des Jahres 2023 nach Altersgruppen deutet jedoch darauf hin, dass das Medianvermögen in der Altersgruppe der 55- bis 64-Jährigen – diejenigen mit dem höchsten Vermögen – beinahe 14-mal höher liegt als in der Altersgruppe der unter 35-Jährigen (Niehues/Stockhausen, 2025). Frühere Zerlegungen haben in diesem Zusammenhang gezeigt, dass reine Vermögensunterschiede zwischen Altersgruppen für knapp 30 Prozent der Ungleichheit der Haushaltsnettovermögen verantwortlich sind (Niehues, 2015).

Neben den Alterseffekten gehen Vermögensunterschiede auch teilweise darauf zurück, dass bei Selbstständigen, die nicht in der umlagebasierten gesetzlichen Rentenversicherung abgesichert sind, private Altersvorsorgevermögen als Bestandteil ihres Haushaltsnettovermögens erfasst werden. Die Ansprüche von abhängig Beschäftigten gegenüber der gesetzlichen Rentenversicherung bleiben hingegen bei einer konventionellen Betrachtung tangibler privater Nettovermögen unberücksichtigt. Die hieraus resultierenden Unterschiede für internationale Vergleiche werden in Kapitel 4.3 näher erläutert. Es soll jedoch bereits an dieser Stelle eingeordnet werden, dass auch für eine isolierte Bewertung der Vermögensunterschiede in Deutschland Vorsorgeäquivalente für Selbstständige bei deren Nettovermögen in Abzug gebracht werden müssten oder alternativ Rentenanwartschaften von Arbeitnehmern ergänzt, um eine konzeptionelle Vergleichbarkeit der Vermögenshöhe zwischen den verschiedenen Erwerbsgruppen zu erreichen.

Mit Blick auf die Entwicklung der Vermögenshöhe über die Zeit geht aus Tabelle 1 hervor, dass sich die nominalen Vermögen sowohl in der unteren als auch in der oberen Hälfte der Vermögensverteilung über den Zeitraum von knapp 15 Jahren mehr als verdoppelt haben. Während das Medianvermögen zu Beginn der Zeitreihe bei 56.900 Euro lag, verfügte im 3. Quartal 2025 die Hälfte der privaten Haushalte in Deutschland mindestens über ein Haushaltsnettovermögen in Höhe von 126.600 Euro. Im Durchschnitt der vier Quartale des Jahres 2023 lag das nominale Medianvermögen gemäß verteilungsbasierter Vermögensbilanz bei rund 109.800 Euro und somit rund 6,5 Prozent oberhalb des unbereinigten Medianvermögens auf Basis der unbereinigten Vermögensbefragungsdaten des Jahres 2023. Demgegenüber lag das Durchschnittsvermögen inklusive Hinzuschätzungen im Jahr 2023 mit knapp 421.100 Euro um rund 30 Prozent oberhalb des durchschnittlichen Haushaltsnettovermögens der unbereinigten Befragungsdaten. Die Anpassungen und Hinzuschätzungen im Rahmen der Erstellung der verteilungsbasierten Vermögensbilanz implizieren somit eine merkbare Anpassung des Durchschnittsvermögens, welches erwartungsgemäß stark auf die Berücksichtigung sehr hoher Vermögen reagiert, während sich das Medianvermögen nur geringfügig ändert (siehe auch Kapitel 5).

Bei einer rein nominalen Betrachtung bleibt unberücksichtigt, dass sich aufgrund von Preissteigerungen mit dem gleichen Vermögensbetrag im Zeitverlauf weniger Waren und Dienstleistungen kaufen lassen, insofern der Vermögensbestand für konsumtive Zwecke aufgelöst würde. Daher werden für die jeweiligen Vermögensbereiche zusätzlich inflationsbereinigte Vermögen ermittelt. Zur Inflationsbereinigung wird der harmonisierte Verbraucherpreisindex von Eurostat herangezogen, um später auch einen europäischen Vergleich der Vermögensentwicklung zu ermöglichen. Zur besseren Einordnung der Vermögenshöhen werden die Vermögen in Preisen des 3. Quartals 2025 und damit auf Basis des

aktuellen Preisniveaus ausgewiesen. In heutigen Preisen lag das Medianvermögen im 1. Quartal 2011 somit bereits bei rund 80.000 Euro. Während sich die Vermögen nominal mehr als verdoppelt haben, weist das inflationsbereinigte Medianvermögen noch immer eine Steigerung von knapp 60 Prozent aus und zeigt einen deutlichen Anstieg des Wohlstandsniveaus der Mittelschicht seit 2011 an – trotz der Hochinflationsphase der Jahre 2022 und 2023.

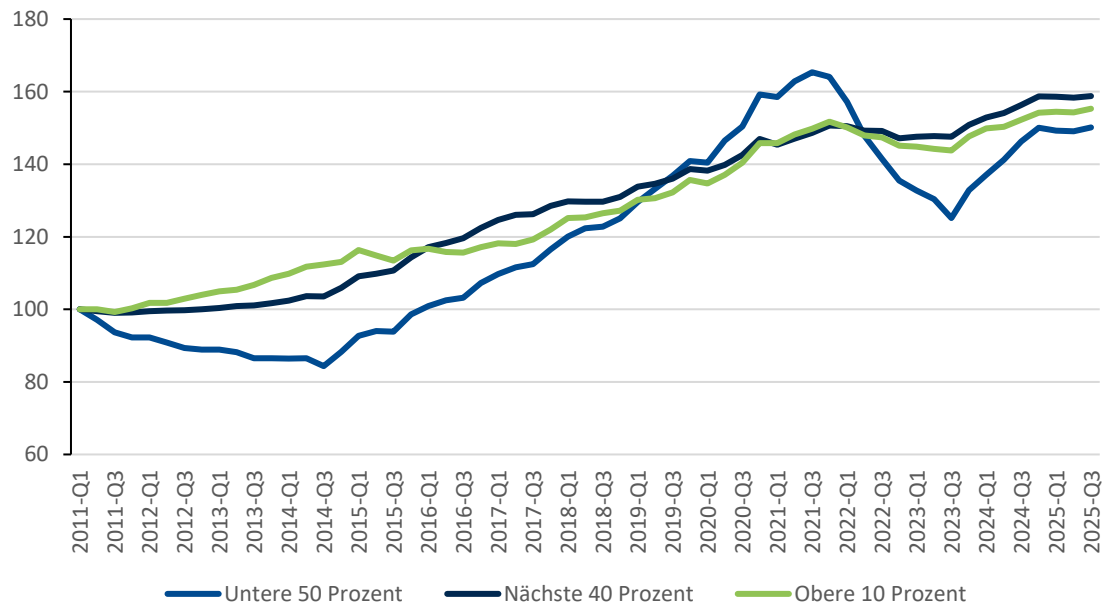
Abbildung 3 stellt die quartalsweise Entwicklung der realen Nettovermögen für die drei bereits angesprochenen Vermögensbereiche dar. Mit Blick auf die Entwicklung über den gesamten Zeitraum zeigt sich, dass der inflationsbereinigte Anstieg der Vermögen über die betrachteten Bereiche mit einer Bandbreite von rund 50 Prozent als durchschnittlicher Anstieg in der unteren Hälfte, 55 Prozent bei den jeweils vermögensreichsten 10 Prozent und knapp 59 Prozent im Durchschnitt des 6. bis 9. Dezils der Vermögensverteilung relativ ähnlich ausfiel. Die in der Gesamtschau ähnliche Entwicklung setzt sich jedoch aus teilweise divergierenden Entwicklungen in einzelnen Zeitabschnitten zusammen. Zwischen 2011 und 2014 legten die durchschnittlichen Vermögen der oberen 10 Prozent real merklich zu, während die Vermögen der unteren Hälfte real zurückgingen. In der Folge kehrte sich diese Entwicklung jedoch um: Zwischen 2014 und etwa 2021 verzeichneten die unteren 50 Prozent die höchsten realen Vermögenszuwächse. Zwischen 2021 und 2023 gingen ihre Vermögen anschließend jedoch auch am deutlichsten zurück.

Eine mögliche Erklärung für den Vermögensanstieg in der unteren Vermögenshälfte während der zweiten Hälfte der 2010er Jahre liegt in der damaligen positiven Beschäftigungs- und Realeinkommensentwicklung, durch die mehr Menschen Vermögen aufbauen konnten. Eine kontrafaktische Analyse der Entwicklung zwischen 2008 und 2018 im Rahmen der Begleitforschung zum Sechsten Armuts- und Reichtumsbericht der Bundesregierung zeigt beispielsweise, dass der Anteil der Haushalte ohne Nettovermögen im Vergleich zu einer Situation ohne Berücksichtigung der Einkommenssteigerungen um 4,7 Prozentpunkte niedriger ausfiel (Kleimann et al., 2020). Zudem verringerte sich durch die Berücksichtigung der Einkommenssteigerungen das Verhältnis von Durchschnitts- zu Medianvermögen von 5,3 auf 3,2.

Durch die Einschränkungen während der Coronapandemie wurden die Konsummöglichkeiten vieler Haushalte zeitweise begrenzt, was zu einer erhöhten Sparneigung und zusätzlichen Vermögensbildung führte. Dadurch wurde in den Jahren 2020 und 2021 ein besonders starker Vermögensanstieg begünstigt. Die mit den hohen Inflationsraten einhergehenden Realeinkommensverluste bis zum Jahr 2023 stellen wiederum eine naheliegende Erklärung für den anschließenden merklichen realen Vermögensrückgang in der unteren Vermögenshälfte dar. Die zuvor gebildeten Ersparnisse dürften in dieser Phase zur Abfederung von Preisspitzen im Konsum gedient haben und kamen somit ihrer Sicherungsfunktion zur intertemporalen Konsumglättung nach. Mit den ab 2024 wieder steigenden Realeinkommen erholten sich die Vermögen gemäß der Vermögensfortschreibung anschließend wieder etwas.

Abbildung 3

Entwicklung der realen Nettovermögen nach Vermögensbereichen, Index Q1-2011 = 100, in Preisen von Q3-2025



Preisbereinigung mittels der harmonisierten Verbraucherpreisindizes von Eurostat (Quartalswert = Durchschnitt der monatlichen Preisindizes).

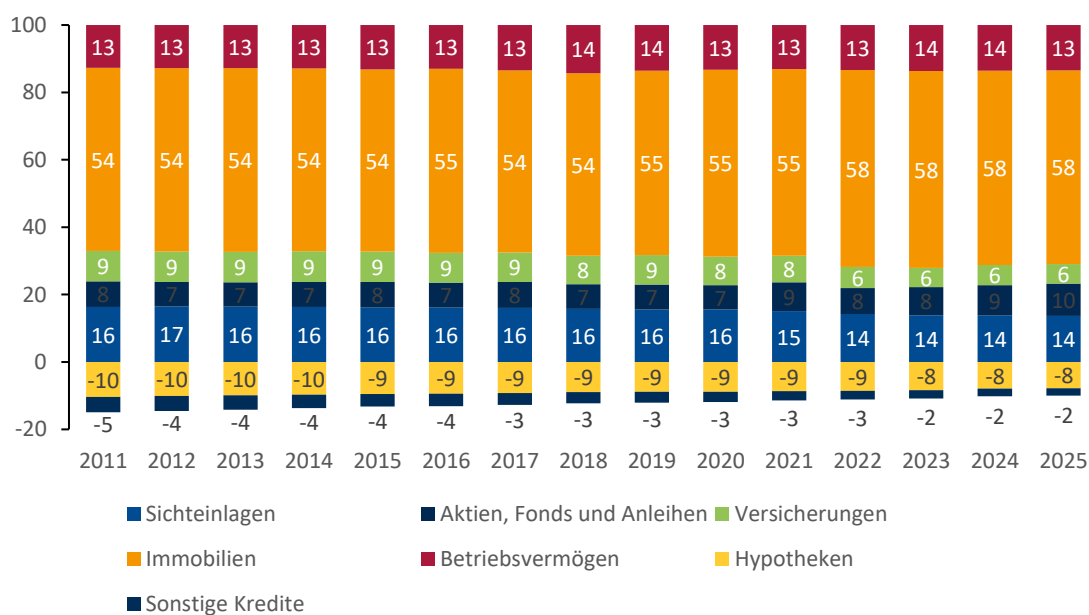
Quellen: DWA; ECB Data Portal (Stand März 2026); Eurostat; eigene Berechnungen

Abbildung 4 zeigt die Entwicklung der durchschnittlichen Vermögensstruktur, indem die einzelnen Vermögensarten jeweils als Anteil am gesamten Bruttovermögen aller privaten Haushalte ausgewiesen werden. Immobilienvermögen stellen mit Abstand die bedeutendste Vermögenskomponente dar. Im Rahmen der verteilungsbasierten Vermögensbilanz werden selbstgenutzte und fremdgenutzte Immobilienvermögen nicht differenziert, sondern nur aggregiert ausgewiesen. Nachdem der Anteil der Immobilienvermögen in der Dekade ab 2011 zwischen 54 und 55 Prozent schwankte, ist er seit 2022 auf rund 58 Prozent gestiegen. Auch Sichteinlagen (zum Beispiel Giro- und Tagesgeldkonten) stellen einen bedeutenden Anteil der Vermögen privater Haushalte in Deutschland dar. Der Anteil dieser liquiden Anlageform ist in der Gesamtbetrachtung aller Haushalte über den Betrachtungszeitraum leicht von 16 auf 14 Prozent gesunken. Ebenso ist die Bedeutung von Vermögen in Form von Versicherungen von 9 auf 6 Prozent zurückgegangen. Demgegenüber hat sich der Anteil der Finanzmarktinstrumente Aktien, Fonds und Anleihen von 7 bis 8 Prozent zu Beginn des Betrachtungszeitraums auf 10 Prozent im Durchschnitt der ersten drei Quartale des Jahres 2025 erhöht. Die Bedeutung der Betriebsvermögen zeigt hingegen keinen eindeutigen Trend und schwankt im Betrachtungszeitraum zwischen 13 und 14 Prozent.

Den Bruttovermögen stehen Verbindlichkeiten in Form von Hypotheken und sonstigen Krediten, beispielsweise Konsumentenkrediten, gegenüber. Zu Beginn des Betrachtungszeitraums entsprachen die gesamten Verbindlichkeiten rund 15 Prozent der Bruttovermögen. Sowohl der Anteil der Hypotheken als auch jener der sonstigen Kredite ging in den 15 Jahren seit 2011 langsam, aber kontinuierlich zurück. Seit 2023 belaufen sich die gesamten Verbindlichkeiten nur noch auf rund ein Zehntel der Bruttovermögen. Diese Entwicklung ist darauf zurückzuführen, dass die Verbindlichkeiten im Betrachtungszeitraum deutlich langsamer gewachsen sind als die Bruttovermögen. Infolgedessen nahm die relative Bedeutung der Schulden ab, was wiederum zu einem stärkeren Anstieg der Nettovermögen beitrug.

Abbildung 4

Veränderung der Vermögensstruktur über die Zeit, Anteile am Bruttogesamtvermögen, in Prozent



Die Jahresangaben stellen jeweils die Durchschnitte der vier Quartale eines Jahres dar.

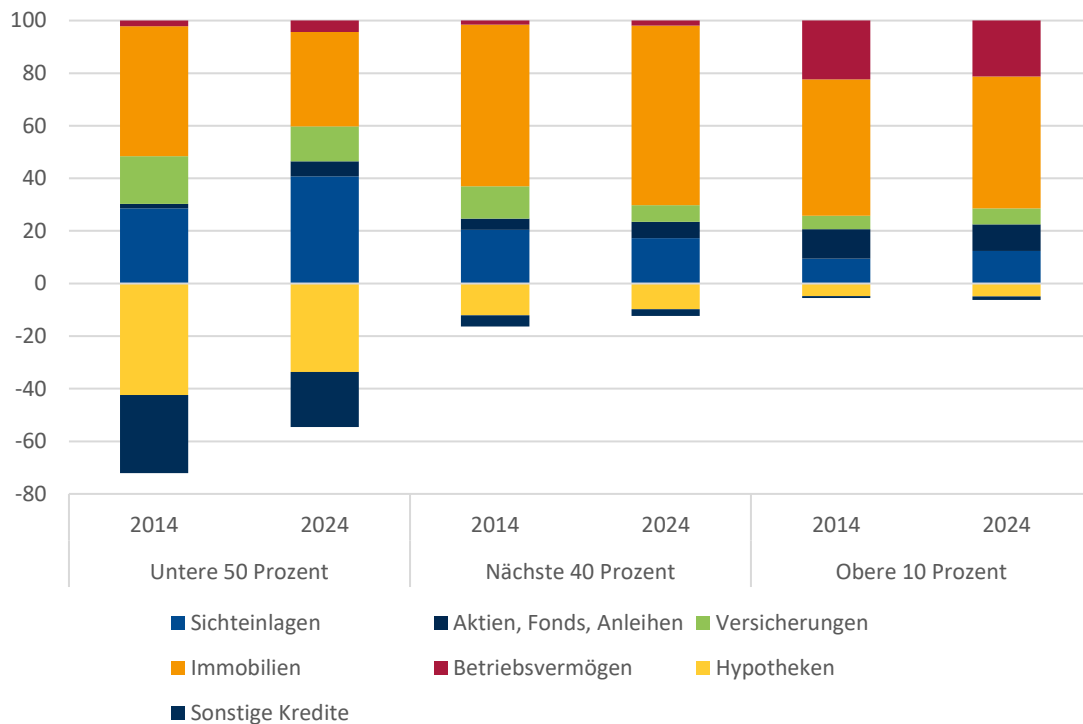
Quellen: DWA; ECB Data Portal (Stand März 2026); eigene Berechnungen

Da sich die typische Vermögensstruktur zwischen dem unteren, mittleren und oberen Bereich der Vermögensverteilung deutlich unterscheidet, fasst Abbildung 5 die Veränderungen der Vermögenszusammensetzung in diesen drei Vermögensbereichen zusammen. Hierzu wird die durchschnittliche Vermögenszusammensetzung des Jahres 2014 derjenigen des Jahres 2024 gegenübergestellt. Mit Blick auf die unteren 50 Prozent der Vermögensverteilung wird deutlich, dass insbesondere die Bedeutung von Sichteinlagen über die betrachtete Dekade zugenommen hat. Mit knapp 41 Prozent (2014: knapp 29 Prozent) stellen liquide Einlagen im Jahr 2024 die bedeutendste Vermögenskomponente der

unteren Hälfte der Vermögensverteilung dar. Die Bedeutung von Immobilien hat in diesem Vermögensbereich demgegenüber merklich abgenommen und ist von knapp der Hälfte auf nunmehr 36 Prozent zurückgegangen. Auch Versicherungen machen in der Vermögenszusammensetzung der unteren Hälfte im Jahr 2024 einen geringeren Anteil des Vermögens aus, während Aktien, Fonds und Anleihen von einem vernachlässigbar geringen Anteil im Jahr 2014 auf knapp 6 Prozent im Jahr 2024 zulegten. Während auch die Bedeutung der Hypotheken zurückgeht, sticht auf der Seite der Verbindlichkeiten insbesondere der merkliche Rückgang der sonstigen Kredite (beispielsweise Konsumentenkredite) um rund 30 Prozent hervor.

Abbildung 5

Veränderung der Vermögensstruktur nach Vermögensbereichen, Anteile am Bruttogesamtvermögen, in Prozent



Die Jahresangaben stellen jeweils die Durchschnitte der vier Quartale eines Jahres dar.

Quellen: DWA; ECB Data Portal (Stand März 2026); eigene Berechnungen

Auf der Habenseite zeigt sich somit in der unteren Vermögenshälfte eine merkliche Verschiebung der Vermögenszusammensetzung in Richtung liquider Finanzanlagen. Eine mögliche Erklärung für die beobachtete Entwicklung kann in der langjährigen Niedrigzinsphase liegen, durch die klassische Versicherungsprodukte an Attraktivität verloren haben. Der rückläufige Anteil an Immobilienvermögen in der unteren Vermögenshälfte könnte darauf zurückzuführen sein, dass die starken Immobilienpreissteigerungen viele Immobilien-

besitzer in höhere Bereiche der Vermögensverteilung aufrücken ließen. Gleichzeitig haben gestiegene Eigenkapitalanforderungen zu einem Rückgang des Immobilienerwerbs unter jungen Ersterwerbern geführt. In der Altersgruppe unter 50 Jahren sank die Wohneigentumsquote zwischen 2011 und 2022 um mehr als 4 Prozentpunkte auf 30,4 Prozent (Hiller et al., 2024).

Die Vermögen des 6. bis 9. Dezils der Vermögensverteilung werden von Immobilienvermögen dominiert. Deren Anteil am Bruttovermögen ist in diesem Vermögensbereich von knapp über 61 Prozent auf rund 68 Prozent gestiegen. Dies verdeutlicht, dass sich die meisten Immobilienbesitzer in der oberen Hälfte der Vermögensverteilung befinden, sofern ihre Immobilien nicht in großem Umfang durch Hypotheken belastet sind. Demgegenüber hat die Bedeutung von Versicherungen, Sichteinlagen sowie von Hypotheken und sonstigen Krediten zwischen 2014 und 2024 in diesem Vermögensbereich abgenommen.

Die Vermögenszusammensetzung der vermögensreichsten 10 Prozent der Bevölkerung unterscheidet sich von der Vermögensstruktur des 6. bis 9. Dezils insbesondere dadurch, dass Betriebsvermögen in diesem Bereich der Vermögensverteilung eine bedeutende Rolle spielen. Ihr Anteil liegt über die Zeit hinweg relativ konstant bei rund 22 Prozent. Auch Aktien, Fonds und Anleihen haben im oberen Bereich der Vermögensverteilung eine größere Bedeutung als in den unteren 90 Prozent der Vermögensverteilung. Gleichwohl machen sie auch hier im Jahr 2024 lediglich rund ein Zehntel der gesamten Bruttovermögen aus. Immobilienvermögen stellten im Durchschnitt des Jahres 2024 mit ziemlich genau der Hälfte weiterhin die bedeutendste Vermögenskomponente der oberen 10 Prozent dar. Wie auch bei Aktien, Fonds und Anleihen ist ihr Anteil am Vermögen der vermögensreichsten 10 Prozent gegenüber 2014 jedoch leicht zurückgegangen.

Wenngleich die Verbindlichkeiten der vermögensreichsten 10 Prozent mit durchschnittlich rund 155.300 Euro im Jahr 2024 absolut höher ausfallen als in den übrigen Bereichen der Vermögensverteilung (durchschnittlich 61.100 Euro im 6. bis 9. Dezil und 22.700 Euro in der unteren Vermögenshälfte), machen sie mit rund 6 Prozent nur einen vergleichsweise geringen Anteil des Bruttovermögens aus. Im Gegensatz zu den übrigen Bereichen der Vermögensverteilung ist ihr Anteil am Bruttovermögen im oberen Vermögensbereich jedoch in den vergangenen Jahren gestiegen.

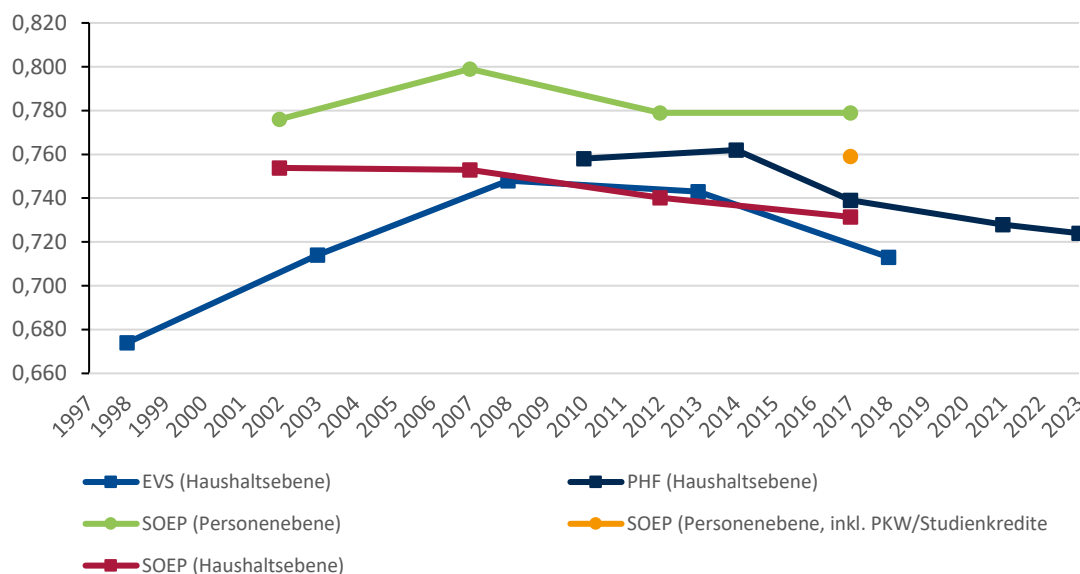
Die Daten der verteilungsbasierten Vermögensbilanz erlauben nur eine Differenzierung der unteren Hälfte, der nächsten 40 Prozent und oberen 10 Prozent der Vermögensverteilung. Insbesondere im oberen Bereich der Vermögensverteilung ist jedoch eine weitere Differenzierung aufschlussreich, da beispielsweise Betriebsvermögen eine umso größere Rolle in der Vermögensverteilung spielen, je weiter nach oben man in der Vermögensverteilung schaut. Aus diesem Grund wird in Kapitel 5 die Zusammensetzung der Vermögen in Deutschland noch einmal weiter aufgeschlüsselt.

3.3 Ungleichheit der Vermögensverteilung

Neben der Entwicklung der Vermögenshöhe stellt die Entwicklung der Vermögensungleichheit einen zentralen Aspekt der Debatte um die Vermögensverteilung dar. Zur Einordnung dieser Frage zeigt Abbildung 6 die Entwicklung der Nettovermögensungleichheit auf Basis der drei verfügbaren Befragungsdatensätze mit Fragen zur Vermögensverteilung der privaten Haushalte in Deutschland. Eine langfristige Betrachtung der Vermögensungleichheit ist lediglich mithilfe der alle fünf Jahre durchgeführten Einkommens- und Verbrauchsstichprobe (EVS) möglich.

Abbildung 6

Entwicklung der Ungleichheit der privaten Nettovermögen, Gini-Koeffizienten, befragungsbasiert



Im SOEP werden Personen ab 17 Jahren in Privathaushalten betrachtet (ohne Personen der Flüchtlings-samples M3 bis M5), Hochrechnungsfaktoren mit erster Befragungswelle, 0,1 Prozent Top-Coding. Alle Ergebnisse ohne Hinzuschätzungen fehlender Vermögenswerte.

Quellen: SOEP: Grabka/Halbmeier, 2019; Stockhausen/Niehues, 2019; PHF: Deutsche Bundesbank, 2025a; EVS: BMAS, 2025; eigene Darstellung

Diese dokumentiert einen Anstieg der Vermögensungleichheit zwischen dem Ende der 1990er Jahre und dem Jahr 2008. Auch im Sozio-oekonomischen Panel (SOEP), in dem erstmals 2002 und anschließend ebenfalls alle fünf Jahre Vermögensdaten erhoben wurden, zeigt sich zwischen 2002 und 2007 eine Zunahme der Vermögensungleichheit. Seit dieser Zeit, und damit bereits seit der Finanzkrise, lässt sich auf Basis der verfügbaren Vermögensbefragungen kein weiterer Anstieg der Vermögensungleichheit feststellen. Vielmehr weisen die gängigen Kennziffern der Vermögensungleichheit auf eine weitgehend

stabile bis leicht rückläufige Entwicklung hin (Stockhausen/Niehues, 2019). Für den Zeitraum zwischen 2014 und 2023 deuten insbesondere die Haushaltsbefragungen der Deutschen Bundesbank auf einen Rückgang der Vermögensungleichheit hin, der sich vor allem zwischen den Erhebungswellen 2014 und 2017 vollzog.

Bei der Einordnung der Ergebnisse der verschiedenen Datensätze ist zu berücksichtigen, dass das gemessene Ausmaß der Vermögensungleichheit auch davon abhängt, ob Vermögensunterschiede zwischen Personen oder zwischen Haushalten betrachtet werden. Da eine Betrachtung auf Haushaltsebene implizit eine Gleichverteilung der Vermögen unter allen Haushaltsmitgliedern annimmt, fällt die gemessene Vermögensungleichheit bei einer Betrachtung individueller Vermögen in der Regel höher aus. Einzig das SOEP erhebt Vermögen auf Personenebene und erlaubt damit einen direkten Vergleich der Ungleichheitsniveaus beider Analyseebenen. Während der Gini-Koeffizient auf Haushaltsebene im Jahr 2017 bei 0,731 lag, betrug er auf Personenebene 0,779. Darüber hinaus zeigt sich der Rückgang der Vermögensungleichheit auf Haushaltsebene deutlicher als auf Personenebene. Unabhängig von der gewählten Analyseebene liefern die verfügbaren Vermögensdaten aber keine Belege für einen Anstieg der relativen Vermögensungleichheit in den vergangenen Jahren.

Haushaltsbefragungen erfassen jedoch die Ränder der Vermögensverteilung sowie einzelne Vermögenskomponenten nur unzureichend. Insbesondere werden sehr hohe Vermögen nicht vollständig abgebildet, was regelmäßig Hinzuschätzungen auf Basis von Reichenlisten erforderlich macht. Zugleich werden einzelne Vermögensbestandteile wie Betriebsvermögen, verschiedene Formen von Spar- und Finanzanlagen oder Versicherungsvermögen nur teilweise erfasst. Dass nicht nur die Untererfassung hoher Vermögen, sondern auch die unvollständige Erfassung anderer Vermögenskomponenten die gemessene Konzentration beeinflusst, zeigt die Integration der Werte von Personenkraftwagen und Studienkrediten in das SOEP im Jahr 2017. Da diese Komponenten für weniger wohlhabende Haushalte relativ bedeutsam sind, führt ihre Berücksichtigung zu einer Verringerung des Gini-Koeffizienten der individuellen Nettovermögen von 0,779 auf 0,759. Aus diesen Gründen wird sich im nächsten Abschnitt mit der Frage beschäftigt, wie sich die Vermögensungleichheit unter Hinzuschätzung sehr hoher Vermögen sowie weiterer untererfasster Vermögensbestandteile zuletzt entwickelt hat.

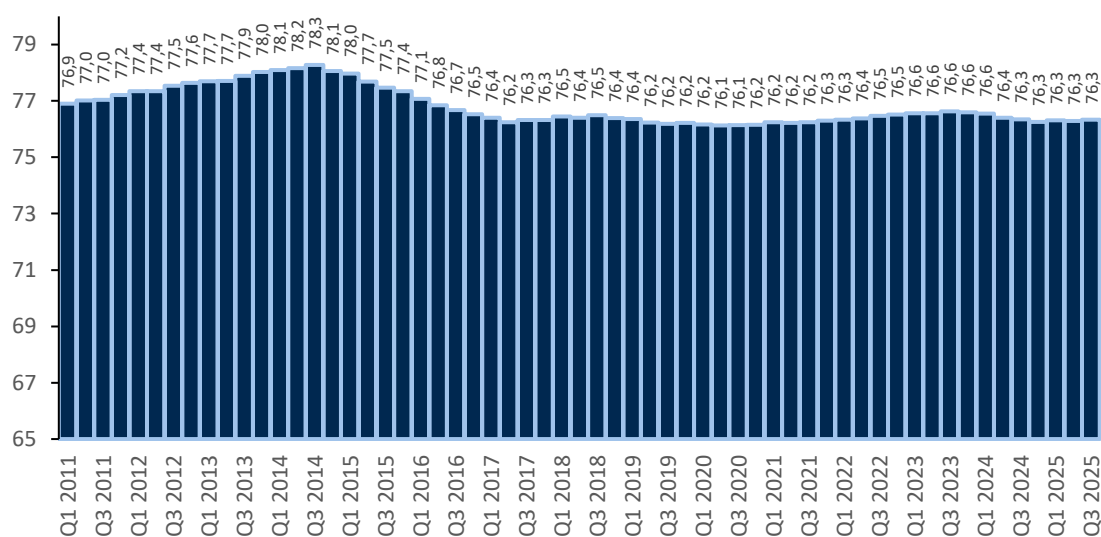
Um die unvollständige Erfassung hoher Vermögen sowie weiterer Vermögenskomponenten in den verfügbaren Befragungsdaten zu berücksichtigen, werden in Abbildung 7 die quartalsweise ausgewiesenen Gini-Koeffizienten der verteilungsbasierten Vermögensbilanz (DWA) für Deutschland dargestellt. Zunächst wird deutlich, dass die Berücksichtigung der in den Befragungsdaten bislang nur unvollständig erfassten Vermögen zu einem tendenziell höheren Ungleichheitsniveau führt. So ergibt sich auf Basis der verteilungsbasierten Vermögensbilanz für das Jahr 2023 ein durchschnittlicher Gini-Koeffizient von 0,766, gegenüber einem Wert von 0,724 gemäß der unbereinigten Vermögensbefragung des Jahres 2023.

Mit Blick auf die zeitliche Entwicklung zeigt der Gini-Koeffizient der verteilungsbasierten Vermögensbilanz jedoch – wenngleich auf einem höheren Niveau – ein im Wesentlichen

ähnliches Verlaufsmuster wie die Verteilungsergebnisse auf Basis der unbereinigten Vermögensbefragungsdaten. Anders als bei den unbereinigten Befragungsdaten ist auf Grundlage der verteilungsbasierten Vermögensbilanz zunächst ein Anstieg der Vermögensungleichheit zwischen dem 1. Quartal 2011 und dem 3. Quartal 2014 von 0,769 auf 0,793 zu beobachten. In den darauffolgenden Jahren ging die Ungleichheit jedoch in vergleichbarem Ausmaß zurück. Seit dem 1. Quartal 2017 verharrt der Gini-Koeffizient unter leichten Schwankungen auf einem Niveau von rund 0,764, während die unbereinigten Befragungsdaten für diesen Zeitraum einen weiteren leichten Rückgang der Ungleichheit ausweisen. Insgesamt ergibt sich damit zwischen dem 1. Quartal 2011 und dem 3. Quartal 2025 ein weitgehend stabiles Niveau der Vermögensungleichheit. Weder die Coronapandemie noch die hohen Verbraucherpreissteigerungen infolge des russischen Angriffskriegs gegen die Ukraine haben somit zu einer nachhaltigen Veränderung der relativen Nettovermögensverteilung geführt.

Abbildung 7

Gini-Koeffizienten der privaten Haushaltsnettovermögen, verteilungsbasierte Vermögensbilanz



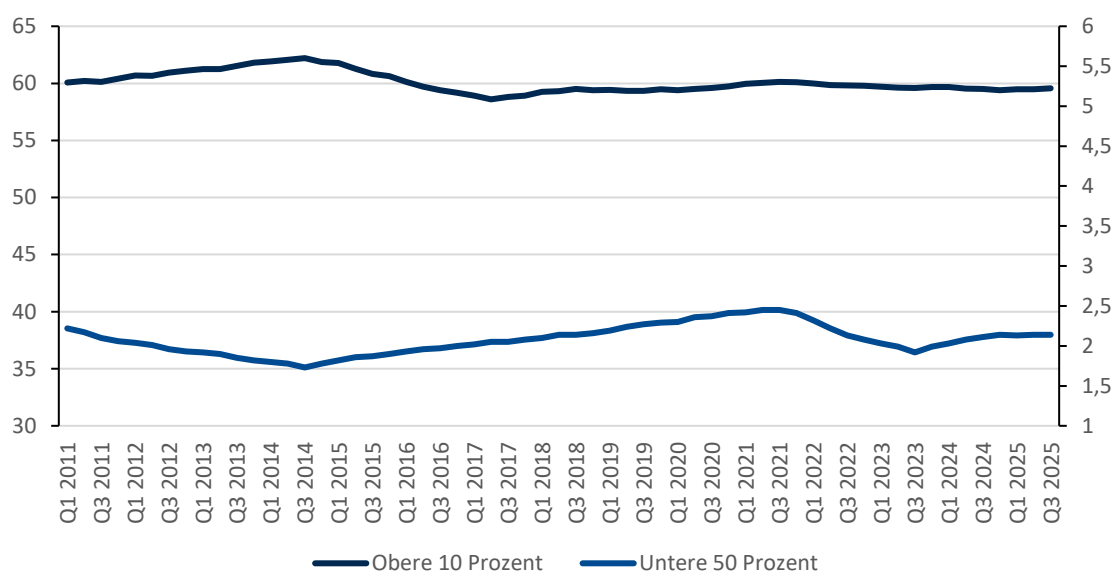
Quellen: DWA; ECB Data Portal (Stand März 2026); eigene Darstellung

Um ein umfassenderes Bild der Vermögensungleichheit zu erhalten, wird ergänzend zum Gini-Koeffizienten die Entwicklung der Vermögensanteile ausgewählter Bevölkerungsgruppen betrachtet. Dabei zeigt sich, dass auch die Vermögensanteile langfristig durch ein hohes Maß an Stabilität gekennzeichnet sind und im Zeitverlauf ein ähnliches Muster wie der Gini-Koeffizient aufweisen. Die in Abbildung 8 dargestellten Vermögensanteile der unteren Vermögenshälfte einerseits und der oberen 10 Prozent andererseits machen jedoch deutlich, dass es im Zeitverlauf zu temporären Verschiebungen der Vermögensmasse zwischen diesen Gruppen kommt.

Zwischen 2011 und 2014 stieg der Vermögensanteil der vermögensreichsten 10 Prozent zunächst von rund 60 auf 62 Prozent, während der Anteil der unteren 50 Prozent im gleichen Zeitraum von 2,2 auf 1,7 Prozent zurückging. Bis 2017 bildeten sich diese Veränderungen jedoch weitgehend zurück. In den Folgejahren nahm der Vermögensanteil der unteren Hälfte kontinuierlich zu und erreichte zum Jahresende 2021 mit 2,4 Prozent seinen höchsten Wert im Betrachtungszeitraum. Während der Phase der hohen Inflation in den Jahren 2022 und 2023 ging dieser Anteil erneut deutlich zurück und entwickelte sich dabei spürbar volatiler als der weitgehend stabile Vermögensanteil der oberen 10 Prozent. Anschließend erholte er sich teilweise und lag in den ersten drei Quartalen des Jahres 2025 bei rund 2,1 Prozent. Dieses Niveau entspricht in etwa dem Jahresdurchschnitt des Jahres 2011. Insgesamt verläuft der Vermögensanteil der unteren Hälfte weitgehend parallel zur Entwicklung der durchschnittlichen Realvermögen dieses Vermögensbereichs, wie sie bereits in Abbildung 3 dargestellt wurde. Wird anstelle des Vermögensanteils der oberen 10 Prozent der Anteil der vermögensreichsten 5 Prozent betrachtet, zeigt sich nahezu eine identische Entwicklung.

Abbildung 8

Entwicklung der Vermögensanteile, in Prozent, verteilungsbasierte Vermögensbilanz



Linke Achse: Anteil der oberen 10 Prozent am Nettovermögen (in Prozent); rechte Achse: Anteil der unteren 50 Prozent am Nettovermögen (in Prozent).

Quellen: DWA; ECB Data Portal (Stand März 2026); eigene Darstellung

Die Ergebnisse deuten somit auch unter Berücksichtigung von Hinzuschätzungen hoher Vermögen auf ein hohes Maß an Stabilität der relativen Vermögensverteilung hin und liefern keinen Anhaltspunkt für eine Zunahme der Vermögensungleichheit innerhalb der

letzten 15 Jahre. Ein ähnliches empirisches Ergebnis lässt sich auch aus dem Jahresgutachten des Sachverständigenrats aus dem Jahr 2025 ableiten. Dort wird die Entwicklung der Vermögensungleichheit unter Berücksichtigung von Hinzuschätzungen hoher Vermögen sowie einer Anpassung an makroökonomische Vermögensaggregate untersucht und für die bereits erwähnten drei Befragungsdatensätze ausgewiesen. Die zusätzlichen Anpassungen führen zwar dazu, dass zuvor beobachtete Rückgänge der Ungleichheit etwas schwächer ausfallen. Für die jeweils aktuell verfügbaren Datenpunkte zeigt sich jedoch auch unter diesen erweiterten Annahmen kein höheres Ungleichheitsniveau als zur Zeit der Finanzkrise – weder gemessen am Gini-Koeffizienten noch am Vermögensanteil der oberen 10 Prozent (SVR, 2025, 271).

4 Die Vermögensverteilung im europäischen Vergleich

Die Höhe der Vermögensungleichheit in Deutschland ist typisch für einkommensstarke Wohlfahrtsstaaten mit umfassender sozialer Absicherung.

Neben der Analyse der Zusammensetzung und Entwicklung der Vermögen in Deutschland ist auch ein vergleichender Blick auf die Situation in anderen Staaten aufschlussreich. In Debatten zum Thema Vermögensungleichheit wird häufig darauf hingewiesen, dass Deutschland unter den Industrienationen eher zu den Staaten mit einer vergleichsweise hohen Vermögensungleichheit zähle. Vor diesem Hintergrund untersucht der folgende Abschnitt, wie sich Höhe, Entwicklung und Verteilung der Vermögen in Deutschland im Vergleich zu anderen europäischen Ländern darstellen. Darüber hinaus werden mögliche Erklärungsfaktoren für die unterschiedlichen Muster der Vermögensverteilung herausgearbeitet. Die zentrale Datengrundlage bildet dabei – wie bereits im vorherigen Abschnitt – die verteilungsbasierte Vermögensbilanz, deren Daten von der Europäischen Zentralbank (EZB) veröffentlicht werden. Wie auch für Deutschland führen die Anpassungen gegenüber den HFCS-Daten des Jahres 2021, der aktuell verfügbaren Welle harmonisierter Vermögensbefragungsdaten für die Eurozone, in den meisten Ländern zu einem höheren gemessenen Ungleichheitsniveau. Je nachdem, ob in den Befragungsdaten eher ungleichheitserhöhende oder ungleichheitsmindernde Vermögenskomponenten unter- oder übererfasst sind, kann sich der Effekt auf die Vermögensungleichheit jedoch in beide Richtungen auswirken (ECB, 2020; ECB, 2024b). So bilden Zypern, Estland und Irland eine Ausnahme, da dort der unbereinigte Gini-Koeffizient des HFCS 2021 oberhalb des entsprechenden Werts der verteilungsbasierten Vermögensbilanz für dasselbe Jahr liegt. Da die Daten der verteilungsbasierten Vermögensbilanz im Wesentlichen Staaten der Eurozone erfassen, stehen diese im Mittelpunkt des Ländervergleichs. An geeigneten Stellen werden die Analysen jedoch durch Informationen zu weiteren Ländern ergänzt.

4.1 Unterschiede in der Vermögenshöhe und der Vermögensungleichheit

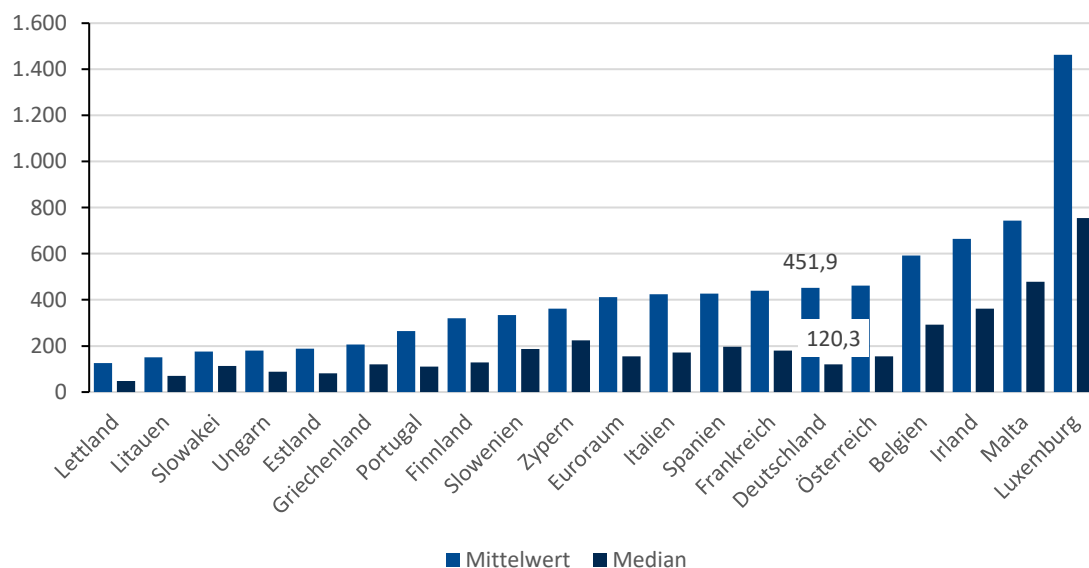
In einem ersten Schritt wird die Höhe der Haushaltsnettovermögen für jene Länder gegenübergestellt, für die Daten in der Datenbank der verteilungsbasierten Vermögensbilanzen (DWA) verfügbar sind. Da das Jahr 2024 den aktuellsten Zeitpunkt darstellt, für den vollständige Quartalsdaten vorliegen, steht dieses Jahr im Mittelpunkt der Analyse. Die für 2024 ausgewiesenen Werte entsprechen jeweils dem Durchschnitt der vier Quartalswerte. Abbildung 9 vergleicht die Durchschnitts- und Medianvermögen der 19 verfügbaren Staaten der Eurozone. Dabei ist zu berücksichtigen, dass die Ergebnisse der verteilungsbasierten Vermögensbilanz – wie viele andere internationale Vermögensdatensätze – nominale Vermögenswerte ausweist. Es bleibt somit unberücksichtigt, dass identische Vermögenshöhen mit unterschiedlichen Konsum- und Wohnmöglichkeiten in den jeweiligen Ländern einhergehen können.

In der Betrachtung sticht der Kleinstaat Luxemburg mit einem durchschnittlichen Haushaltsvermögen von knapp 1,5 Millionen Euro besonders hervor. Auch das Medianvermögen liegt dort mit mehr als 750.000 Euro deutlich über dem Niveau der übrigen betrachteten Staaten. Damit verfügt mindestens die Hälfte aller privaten Haushalte in Luxemburg über ein Nettovermögen von mehr als 750.000 Euro. Ebenfalls vergleichsweise hohe Haushaltsnettovermögen weist Malta auf. Dort beträgt das durchschnittliche Haushaltsvermögen knapp 750.000 Euro, während das Medianvermögen bei nahezu einer halben Million Euro liegt.

Deutschland weist mit rund 450.000 Euro Haushaltsnettovermögen das sechstöchste Durchschnittsvermögen unter den betrachteten Staaten auf. Mit einem Medianvermögen von rund 120.000 Euro liegt Deutschland demgegenüber eher im unteren Mittelfeld der Eurostaaten. Daraus ergibt sich ein vergleichsweise großer Abstand zwischen Median- und Durchschnittsvermögen, was ein Hinweis auf eine eher ungleiche Vermögensverteilung ist. Ein sehr ähnliches Muster zeigt sich in Österreich, das sowohl hinsichtlich der Höhe der Vermögen als auch bezüglich des Verhältnisses von Durchschnitts- und Medianvermögen Werte aufweist, die denen Deutschlands stark ähneln.

Abbildung 9

Höhe der Haushaltsnettovermögen im europäischen Vergleich, verteilungsbasierte Vermögensbilanz, im Jahr 2024, in 1.000 Euro



Sortierung nach der Höhe des Mittelwerts der Haushaltsnettovermögen, der Wert für das Jahr 2024 entspricht dem Mittelwert der Werte Q1-2024 bis Q4-2024.

Quellen: DWA; ECB Data Portal (Stand März 2026); eigene Darstellung

Niedrige durchschnittliche Haushaltsnettovermögen zeigen sich – mit Ausnahme von Slowenien – vor allem in den osteuropäischen Staaten. Innerhalb dieser Länder fällt insbesondere die Slowakei auf: Dort ist das Durchschnittsvermögen zwar vergleichsweise gering, gleichzeitig ist jedoch auch der relative Abstand zwischen Durchschnitts- und Medianvermögen deutlich kleiner. Ein ähnliches Bild zeigt sich in den südeuropäischen Staaten, die – mit Ausnahme von Portugal – ebenfalls durch vergleichsweise geringe Unterschiede zwischen Median- und Durchschnittsvermögen gekennzeichnet sind. In den Kapiteln 4.2 bis 4.4 werden mögliche institutionelle Erklärungsfaktoren für die verschiedenen Verhältnisse von Median- und Durchschnittsvermögen diskutiert.

Da es sich bei den ausgewiesenen Vermögen um Haushaltsvermögen handelt, können Unterschiede in der durchschnittlichen Haushaltsgröße die Vergleichbarkeit zwischen den Ländern beeinflussen. Größere Haushalte verfügen bei gleichem Haushaltsvermögen über geringere Vermögensbestände pro Person als kleinere Haushalte. Zur ergänzenden Einordnung des Vermögensvergleichs werden daher auch die durchschnittlichen Haushaltsgrößen im Jahr 2024 auf Basis von Eurostat-Daten herangezogen. Dabei zeigt sich, dass die Slowakei mit durchschnittlich 3,1 Personen je Haushalt die größten Haushalte unter den EU-Staaten aufweist. Werden anstelle der Haushaltsvermögen Pro-Kopf-Vermögen betrachtet, fällt die Slowakei in der Rangfolge der durchschnittlichen Vermögen um zwei Plätze zurück und weist unter den 19 betrachteten Staaten der Eurozone das niedrigste durchschnittliche Pro-Kopf-Vermögen auf. Demgegenüber verfügen Litauen und Finnland mit durchschnittlich 1,9 Personen je Haushalt über die kleinsten Haushalte. Bei einer Betrachtung der Pro-Kopf-Vermögen verbessern sich beide Länder daher in der Rangfolge der Durchschnittsvermögen um jeweils zwei Plätze. Für die übrigen Staaten ergeben sich durch die Umrechnung auf Pro-Kopf-Vermögen lediglich geringe Veränderungen von maximal einem Rangplatz. Dies gilt auch für Deutschland, das in der Rangfolge mit Österreich die Plätze tauscht. Hintergrund ist die etwas geringere durchschnittliche Haushaltsgröße in Deutschland mit 2,0 Personen je Haushalt gegenüber 2,2 Personen in Österreich.

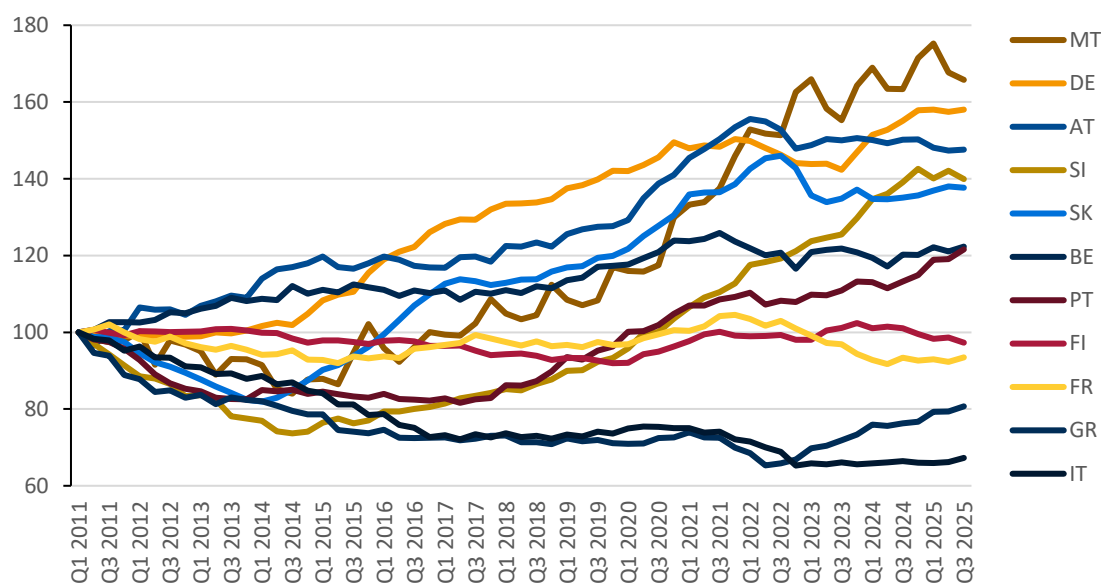
Abbildung 10 ergänzt den Vergleich der Durchschnitts- und Medianvermögen um eine Gegenüberstellung der Entwicklung der realen Medianvermögen seit Beginn der Zeitreihe. Wie bereits bei der isolierten Betrachtung Deutschlands erfolgt die Inflationsbereinigung auf Grundlage der harmonisierten Verbraucherpreisindizes von Eurostat. Die Gegenüberstellung zeigt, dass der in Deutschland beobachtete reale Anstieg der Medianvermögen um knapp 60 Prozent innerhalb der vergangenen rund 15 Jahre keineswegs typisch für die Staaten der Eurozone war. Lediglich Malta verzeichnete mit einem Zuwachs von knapp 66 Prozent einen noch stärkeren realen Vermögensanstieg. Wie bereits bei den zuvor betrachteten Kennzahlen weist Österreich auch hier eine Entwicklung auf, die der Deutschlands ähnlich ist. Im aktuell verfügbaren Quartal liegt der reale Anstieg der Medianvermögen in Österreich bei rund 48 Prozent.

Für die übrigen betrachteten Staaten lagen die realen Vermögenszuwächse über den gesamten Beobachtungszeitraum hinweg jeweils unterhalb von 40 Prozent, stagnierten in einigen Ländern oder gingen sogar real zurück. Zu den Staaten mit einer weitgehend stagnierenden Entwicklung der realen Medianvermögen zählen Finnland und Frankreich. In Griechenland und Italien liegt das reale Vermögensniveau im 3. Quartal 2025 merklich

unter dem inflationsbereinigten Niveau des Jahres 2011. Der deutliche Rückgang der Vermögensbewertungen in den frühen 2010er Jahren in diesen Ländern ist insbesondere auf die während der Eurokrise fallenden Immobilienpreise zurückzuführen, die sich auch in den Folgejahren nur schwach entwickelten. Da Immobilien einen zentralen Bestandteil der Vermögen privater Haushalte darstellen (vgl. Kapitel 4.4), lässt sich hierdurch die insgesamt schwache Entwicklung der Medianvermögen in diesen Ländern wesentlich erklären.

Abbildung 10

Entwicklung der realen Medianvermögen, Index Q1-2011 = 100, in Preisen von Q3-2025



Preisbereinigung mittels der harmonisierten Verbraucherpreisindizes von Eurostat (Quartalswert = Durchschnitt der monatlichen Preisindizes), Länderauswahl gemäß Datenverfügbarkeit ab Q1-2011 (mit Ausnahme von Zypern und Luxemburg).

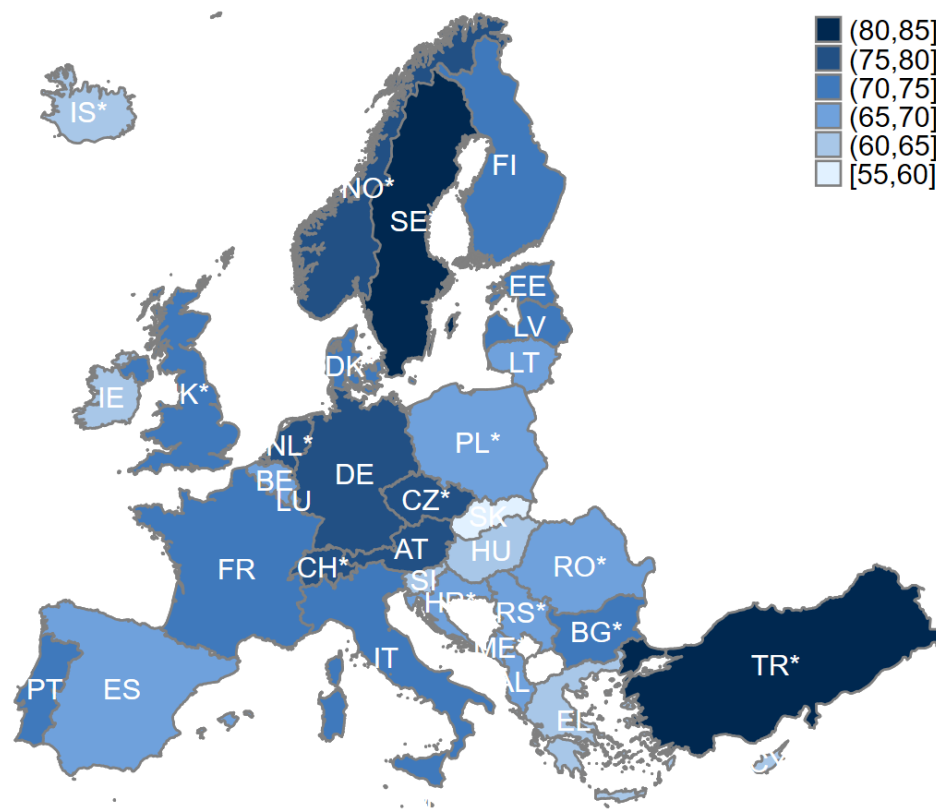
Quellen: DWA; ECB Data Portal (Stand März 2026); Eurostat; eigene Berechnungen

Nachdem bereits das Verhältnis zwischen Durchschnitts- und Medianvermögen einen Hinweis auf die überdurchschnittlich ausgeprägte Vermögensungleichheit in Deutschland gab, soll dieser Beobachtung nun anhand eines Vergleichs des bereits eingeführten Gini-Koeffizienten weiter untersucht und eingeordnet werden. Während das Verhältnis zwischen Durchschnitts- und Medianvermögen insbesondere sensibel auf Veränderungen am oberen Rand der Vermögensverteilung reagiert, misst der Gini-Koeffizient den Grad der Ungleichheit der gesamten Vermögensverteilung, indem er die Abweichung von einer hypothetischen Gleichverteilung erfasst. Dabei reagiert der Gini-Koeffizient typischerweise besonders sensitiv auf Veränderungen im mittleren Bereich der Verteilung.

Abbildung 11 visualisiert das Ausmaß der Vermögensungleichheit in verschiedenen europäischen Ländern anhand des Gini-Koeffizienten. Um einen möglichst umfassenden Vergleich der europäischen Staaten zu ermöglichen, werden für Länder, die nicht Teil der Datenbank der verteilungsbasierten Vermögensbilanzen sind, Daten aus dem Global Wealth Databook der UBS zur internationalen Vermögensverteilung herangezogen (UBS, 2023). Da die UBS zuletzt für das Vermögensjahr 2022 eine detaillierte Auswertung der Vermögensungleichheit für eine große Zahl von Ländern veröffentlicht hat, beziehen sich die Werte der mit einem Sternchen markierten Staaten auf dieses Referenzjahr. Wie auch bei der verteilungsbasierten Vermögensbilanz erfolgt bei den verwendeten UBS-Daten eine Hinzuschätzung sehr hoher Vermögen. Eine weitergehende Anpassung an Eckwerte nationaler sektoraler Vermögensbilanzen findet jedoch nicht statt.

Abbildung 11

Gini-Koeffizienten der privaten Haushaltsnettovermögen im europäischen Vergleich, inklusive Hinzuschätzungen, im Jahr 2024 (*2022)



* Daten des UBS Global Wealth Databook 2023, Referenzzeitpunkt 2022.

Quellen: DWA; ECB Data Portal (Stand März 2026); UBS Global Wealth Databook 2023; eigene Darstellung

Während für Deutschland die Gini-Koeffizienten auf Basis der UBS-Daten etwas höher liegen als die Ergebnisse der verteilungsbasierten Vermögensbilanz der EZB des entsprechenden Jahres, liegen sie für andere Länder etwas niedriger. In der Gesamtschau deuten die

Ergebnisse für viele Länder auf qualitativ ähnliche Niveaus der Gini-Koeffizienten der Vermögensungleichheit hin. Ausnahmen stellen zum einen Zypern und Irland dar, die sich gemäß Gini-Koeffizienten des UBS Global Wealth Databooks durch merkbare höhere Gini-Koeffizienten kennzeichnen, während die Vermögensungleichheit in Belgien gemäß UBS merklich niedriger ausfällt, als es die Gini-Koeffizienten der verteilungsbasierten Vermögensbilanz nahelegen.

Für die Staaten, für die Informationen auf Basis der verteilungsbasierten Vermögensbilanz (DWA) vorliegen, wird weiterhin auf das Jahr 2024 abgestellt. Hierzu wird jeweils der Durchschnitt der vier quartalsweisen Gini-Koeffizienten gebildet. Die bestehenden methodischen Unterschiede zwischen den Datensätzen werden in Kauf genommen, um die grundsätzlichen Unterschiede in den Ungleichheitsniveaus für eine möglichst große Zahl europäischer Länder vergleichend darzustellen. Aus diesem Grund werden keine exakten Werte ausgewiesen. Stattdessen erfolgt eine farbliche Einteilung der Länder in Gruppen, die jeweils einem Intervall von 5 Prozentpunkten des Gini-Koeffizienten zugeordnet sind.

Mit einem Gini-Koeffizienten von 0,555 weist die Slowakei die geringste Vermögensungleichheit innerhalb der betrachteten europäischen Länder auf. Auch Malta zeichnet sich mit einem Gini-Koeffizienten von 0,568 durch ein vergleichsweise niedriges Niveau der Vermögensungleichheit aus. In die Bandbreite zwischen 0,60 und 0,65, die im europäischen Vergleich ebenfalls auf eine eher geringe Vermögensungleichheit hindeutet, ordnen sich mit Zypern, Griechenland, Ungarn, Irland, Island und Slowenien mehrere strukturell heterogene Staaten in eine Ländergruppe ein. Am anderen Ende des Spektrums weisen die Türkei und Schweden mit Gini-Koeffizienten von jeweils über 0,8 die höchste Vermögensungleichheit der betrachteten Länder auf. Auch Norwegen, die Niederlande, Österreich, die Schweiz, Tschechien und Deutschland zählen mit Werten zwischen 0,75 und 0,8 zu den Staaten mit einer im europäischen Vergleich hohen Vermögensungleichheit. Auffällig ist dabei, dass es sich — mit Ausnahme Tschechiens — überwiegend um etablierte westeuropäische Wohlfahrtsstaaten mit hohem Lebensstandard handelt. Die übrigen europäischen Staaten gruppieren sich mit Gini-Koeffizienten zwischen 0,65 und 0,75 um den ungewichteten Durchschnittswert der betrachteten Länder in Höhe von 0,7. Der internationale Vergleich verdeutlicht zudem, dass das Niveau der Vermögensungleichheit in sämtlichen betrachteten europäischen Ländern deutlich über der Ungleichheit der Nettoeinkommen liegt. Für letztere weist Eurostat mit einem Gini-Koeffizienten von 0,38 für Bulgarien den höchsten Wert innerhalb Europas aus.

Da das Ergebnis der hohen Vermögensungleichheit der sozialdemokratisch geprägten Wohlfahrtsstaaten Schweden und Norwegen auf den ersten Blick überraschend wirkt, sei angemerkt, dass die hohe Vermögensungleichheit der beiden Länder einen bereits bekannten Befund darstellt, der sich auch auf Basis alternativer Vermögensdatenquellen wie beispielsweise der harmonisierten Befragungsdaten der Luxemburg Wealth Study belegen lässt (Pfeffer/Waitkus, 2021). Auch die beiden weiteren skandinavischen Staaten Dänemark und Finnland kennzeichnen sich mit Gini-Koeffizienten in Höhe von rund 0,74 respektive 0,73 im europäischen Vergleich durch ein überdurchschnittliches Niveau an Vermögensungleichheit. Die Beobachtung eines eher hohen Ungleichheitsniveaus in den skandinavischen Staaten bekräftigt die Bedeutung der Erweiterung des Länderkreises über die

Staaten der Eurozone hinaus, wenn es um die Bewertung der Vermögensungleichheit im internationalen Vergleich geht. Denn gerade die skandinavischen Staaten werden häufig als Vorbilder von Egalität, Mobilität und sozialer Gerechtigkeit gesehen. Vor dem Hintergrund, dass sich diese Länder gleichzeitig durch unterdurchschnittliche Niveaus an Einkommensungleichheit kennzeichnen, wird hierdurch ebenso aufgezeigt, dass Einkommens- und Vermögensungleichheit im europäischen Vergleich keinesfalls Hand in Hand gehen. Der Korrelationskoeffizient zwischen dem Gini-Koeffizienten der Vermögensungleichheit und dem Gini-Koeffizienten der Einkommensungleichheit liegt nahe bei null.

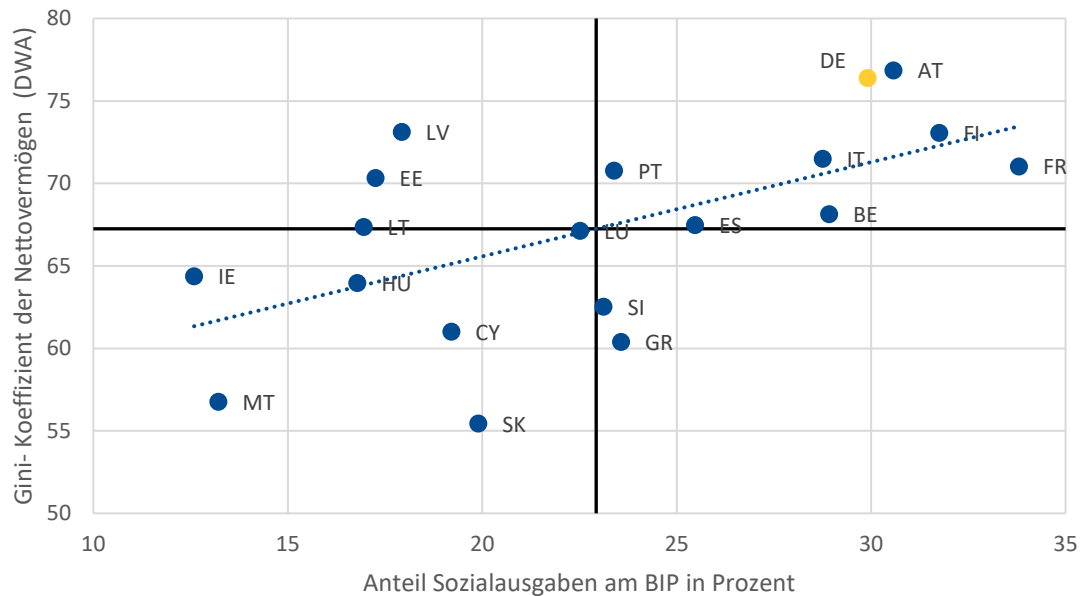
4.2 Zusammenhang zwischen Vermögensverteilung und Sozialstaat

Die vergleichende Betrachtung der Vermögensungleichheit brachte bereits hervor, dass insbesondere etablierte Wohlfahrtsstaaten mit hohen Einkommensniveaus zu den Ländern mit den höchsten Ungleichheitsniveaus zählen. Dieses Ergebnis erscheint auf den ersten Blick überraschend, da sich diese Länder in der Regel zugleich durch umfassende Systeme der sozialen Sicherung kennzeichnen. Vor diesem Hintergrund wird im Folgenden der Frage nachgegangen, in welchem Zusammenhang das Ausmaß sozialstaatlicher Absicherung und die Höhe der Vermögensungleichheit stehen. Hierzu illustriert Abbildung 12 den Zusammenhang zwischen den Sozialschutzausgaben in Prozent des Bruttoinlandsprodukts (BIP) (Sozialquote) und der Höhe der Vermögensungleichheit gemessen durch den Gini-Koeffizienten für die in der Datenbank der verteilungsbasierten Vermögensbilanzen berücksichtigten Länder. Der eingezeichnete ungewichtete lineare Trend deutet auf den positiven Zusammenhang zwischen beiden Größen hin: Eine höhere Sozialquote geht in der Tendenz mit einer höheren Ungleichheit der Nettovermögen unter den Eurostaaten einher. Der Korrelationskoeffizient der beiden Größen liegt bei 0,60 und ist statistisch signifikant bei einem zugrunde gelegten Signifikanzniveau von 1 Prozent.

Aus der Illustration der beiden Größen geht hervor, dass sich alle Länder mit Sozialquoten oberhalb von 25 Prozent gleichzeitig durch eine überdurchschnittliche Vermögensungleichheit gemäß ungewichteter Gini-Koeffizienten (67,3) ausweisen. Bei den Ländern mit Sozialquoten oberhalb von 30 Prozent liegt der Gini-Koeffizient jeweils bei über 0,7. Gleichzeitig zeichnen sich die meisten Länder mit unterdurchschnittlichen Sozialquoten eher durch vergleichsweise niedrige Gini-Koeffizienten der Vermögensungleichheit aus – dies gilt insbesondere für die eher vermögensschwachen zentral-osteuropäischen Staaten Slowakei und Ungarn sowie für die beiden vermögensstarken Staaten Südeuropas Malta und Zypern. Die baltischen Staaten, insbesondere Lettland und Estland, stellen Ausnahmen zu diesem Muster dar, da hier relativ geringe Sozialquoten mit einer vergleichsweise hohen Vermögensungleichheit einhergehen. Ohne Berücksichtigung von Lettland steigt die Korrelation zwischen dem Gini-Koeffizienten und der Sozialquote auf 0,67, ohne Lettland und Estland auf 0,73. Inwiefern die auffälligen Unterschiede zwischen den baltischen und zentral-osteuropäischen Staaten auf historische oder sozialkulturelle Einflüsse zurückgehen, lässt sich im Rahmen der vorliegenden deskriptiven Ausarbeitung nicht beantworten, sondern stellt eine mögliche Forschungsfrage für weitergehende Analysen dar.

Abbildung 12

Vermögensungleichheit (2024) und Sozialquote (2023), in Prozent



Sozialquote = Ausgaben für Sozialschutz als Prozentsatz des BIP [tps00098]. Der Gini-Koeffizient für das Jahr 2024 entspricht dem Mittelwert der Werte Q1-2024 bis Q4-2024. Die Schnittpunkte der Achsen spiegeln jeweils die ungewichteten Mittelwerte der Variablen wider, die gepunktete Linie den ungewichteten linearen Trend zwischen den beiden Größen.

Quellen: Eurostat, 2026; DWA; ECB Data Portal (Stand März 2026); eigene Berechnungen

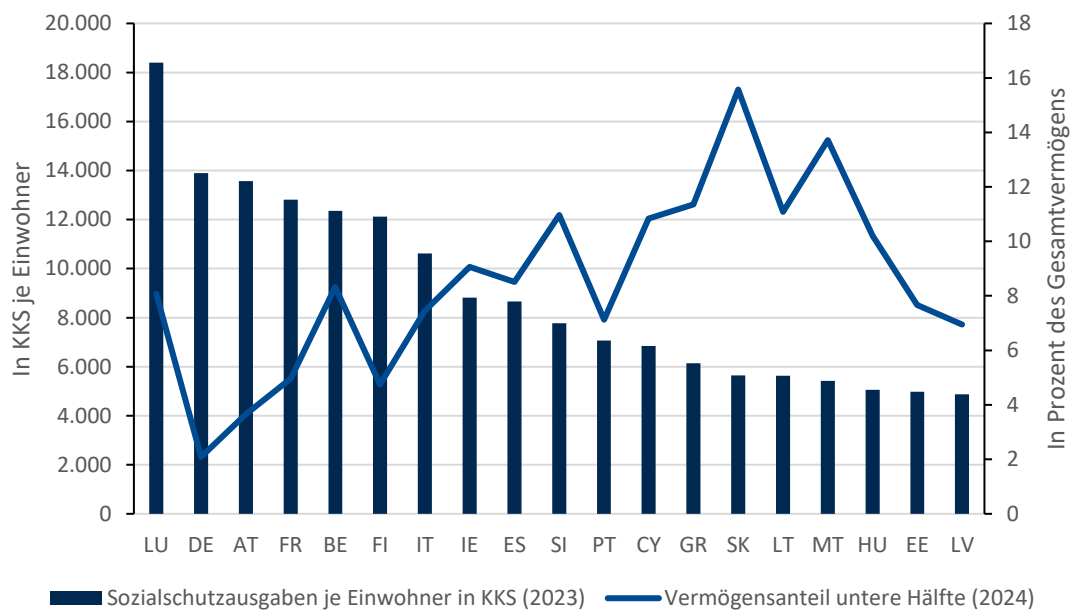
Ein vergleichbarer Zusammenhang zeigt sich bei der Gegenüberstellung des Vermögensanteils der unteren 50 Prozent und der Höhe der kaufkraftbereinigten Sozialschutzausgaben je Einwohner. Der Korrelationskoeffizient zwischen diesen beiden Größen liegt bei -0,62. Auch bei dieser Betrachtung zeigen sich Lettland und Estland als sichtbare Abweichler des negativen Zusammenhangs. Aufgrund der sehr hohen kaufkraftbereinigten Sozialausgaben tritt Luxemburg hier jedoch noch stärker als Ausreißer hervor: Ohne Berücksichtigung dieses Landes liegt der Korrelationskoeffizient bei -0,74 und bekräftigt den deutlichen deskriptiven Zusammenhang zwischen den Größen.

Eine mögliche Erklärung für den beobachteten negativen Zusammenhang zwischen dem Vermögensanteil der unteren Hälfte der Bevölkerung und dem Umfang sozialstaatlicher Absicherung liegt in der teilweisen Substituierbarkeit von staatlicher und privater Vorsorge. Werden zentrale Lebensrisiken wie Arbeitslosigkeit, Krankheit oder Einkommensverluste im Alter umfassend durch gesetzliche Sicherungssysteme abgesichert, verringert sich sowohl die Notwendigkeit als auch der Anreiz, für diese Risiken privat Vermögen aufzubauen. Zugleich geht ein ausgebauter Sozialstaat typischerweise mit höheren Steuer- und Sozialversicherungsabgaben einher, die zur Finanzierung der sozialen Leistungen

erforderlich sind. Dadurch reduziert sich der finanzielle Spielraum der privaten Haushalte für den Aufbau privater Vermögen.

Abbildung 13

Vermögensanteil der unteren 50 Prozent (2024, rechte Achse) und kaufkraftbereinigte Sozialschutzausgaben pro Kopf (2023, linke Achse)



Linie: Anteil der unteren 50 Prozent der Bevölkerung am Nettovermögen im Jahr 2024 (ermittelt als Mittelwert der Anteile Q1-2024 bis Q4-2024); Säulen: Sozialschutzausgaben je Einwohner im Jahr 2023 in Kaufkraftstandards [tps00100].

Quellen: Eurostat, 2026; DWA; ECB Data Portal (Stand März 2026); eigene Berechnungen

Dieser Zusammenhang lässt sich beispielhaft anhand der Altersvorsorge veranschaulichen. Eine geringere Absicherung durch die gesetzliche Rentenversicherung erhöht die Notwendigkeit privater Vorsorge. Gleichzeitig führen niedrigere Rentenbeiträge zu einem höheren verfügbaren Einkommen und schaffen zusätzlichen Spielraum für eine Vermögensbildung. Wird dieser für den Aufbau kapitalgedeckter Altersvorsorgevermögen genutzt, steigt das ausgewiesene private Nettovermögen. Erfolgt der zusätzliche Vermögensaufbau insbesondere in den unteren und mittleren Bereichen der Vermögensverteilung, kann dies zu einer Verringerung der gemessenen Vermögensungleichheit beitragen. Es ist jedoch zu berücksichtigen, dass insbesondere Haushalte mit niedrigen Einkommen zusätzlichen finanziellen Spielraum aufgrund bestehender Konsumbedarfe möglicherweise nicht im gleichen Umfang für die private Altersvorsorge nutzen würden. Eine geringere gesetzliche Rentenabsicherung kann somit zwar zu einer gleichmäßigeren Verteilung der privaten Vermögen beitragen, gleichzeitig jedoch das Risiko von Altersarmut erhöhen. Dies verdeutlicht, warum Vermögens- und Einkommensverteilung nicht zwangsläufig Hand in Hand gehen.

Im folgenden Abschnitt wird untersucht, welchen Einfluss Ansprüche gegenüber der gesetzlichen Rentenversicherung auf die Vermögensverteilung haben können und inwiefern die gesetzliche Absicherung die beobachteten Unterschiede in der Vermögensungleichheit erklären können.

4.3 Bedeutung der gesetzlichen Rentenansprüche

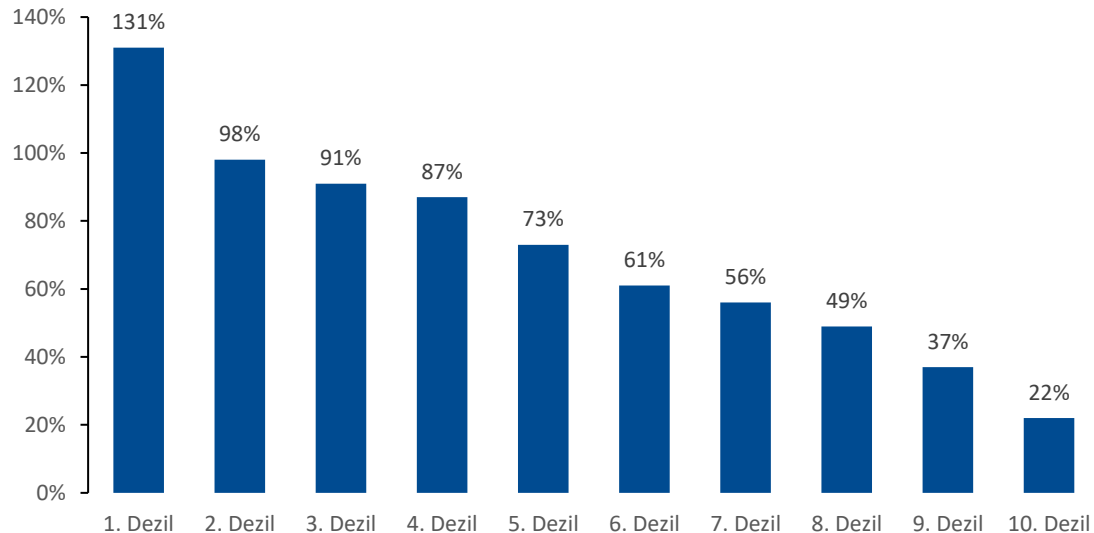
Die Berücksichtigung des kapitalisierten Barwerts gesetzlicher Rentenanswartschaften stellt einen zentralen, zugleich jedoch kontroversen Bestandteil der Vermögensmessung dar. Diese Ansprüche gegenüber der umlagefinanzierten gesetzlichen Rentenversicherung sowie beamtenrechtlichen Pensionssystemen können ökonomisch als implizites Vermögen interpretiert werden, das primär der intertemporalen Glättung des Konsums und der Absicherung im Alter dient. Ihre Einbeziehung ist insbesondere aus verteilungs- und sozialpolitischer Perspektive bedeutsam, da standardisierte Haushaltsbefragungen diese Vermögenskomponente in der Regel nicht erfassen, obwohl sie einen erheblichen Anteil an der individuellen Ressourcenausstattung ausmacht und somit Spar- und Konsumentscheidungen maßgeblich beeinflusst. Theoretisch ist dabei von einem inversen Zusammenhang zwischen dem Umfang staatlicher Alterssicherung und den Anreizen zur privaten Vermögensbildung auszugehen.

Im internationalen Vergleich führt die heterogene institutionelle Ausgestaltung der Alterssicherungssysteme – insbesondere hinsichtlich der relativen Bedeutung staatlicher versus privater Vorsorge – zu eingeschränkter Vergleichbarkeit von Vermögensniveaus und -verteilungen. Ohne adäquate Berücksichtigung impliziter Rentenansprüche können daraus systematische Verzerrungen resultieren, die das Ausmaß von Vermögensungleichheit verzerrt abbilden und potenziell zu Fehleinschätzungen des sozialpolitischen Handlungsbedarfs führen.

Vor diesem Hintergrund sind die in Abbildung 14 dargestellten Ergebnisse der Deutschen Bundesbank (2025a) auf Basis der Vermögensbefragungsdaten des Jahres 2023 für Deutschland von besonderer Relevanz. Die Befunde zeigen, dass kapitalisierte Ansprüche gegenüber der gesetzlichen Rentenversicherung insbesondere im unteren Vermögensbereich einen erheblichen Anteil an der gesamten Vermögensmasse ausmachen. Für Haushalte im 1. Dezil – und somit für die vermögensschwächsten 10 Prozent der Haushalte – stellen die kapitalisierten Anwartschaften 131 Prozent der erweiterten Nettovermögen dar. Das erweiterte Nettovermögen umfasst die Summe aus dem Sachvermögen, Finanzvermögen und den kapitalisierten Ansprüchen an die gesetzlichen Rentensysteme abzüglich Schulden. Auch in der Vermögensmitte bleibt die Bedeutung erheblich: Im 5. Dezil beträgt der Anteil der Rentenanswartschaften noch 73 Prozent, während er im obersten Dezil auf 22 Prozent zurückgeht.

Abbildung 14

Anteile der gesetzlichen Rentenansprüche am erweiterten Nettovermögen nach Vermögensbereichen, im Jahr 2023, in Prozent



Nach Dezilen der Nettovermögensverteilung (ohne Berücksichtigung der gesetzlichen Rentenansprüche).

Quelle: Deutsche Bundesbank, 2025a

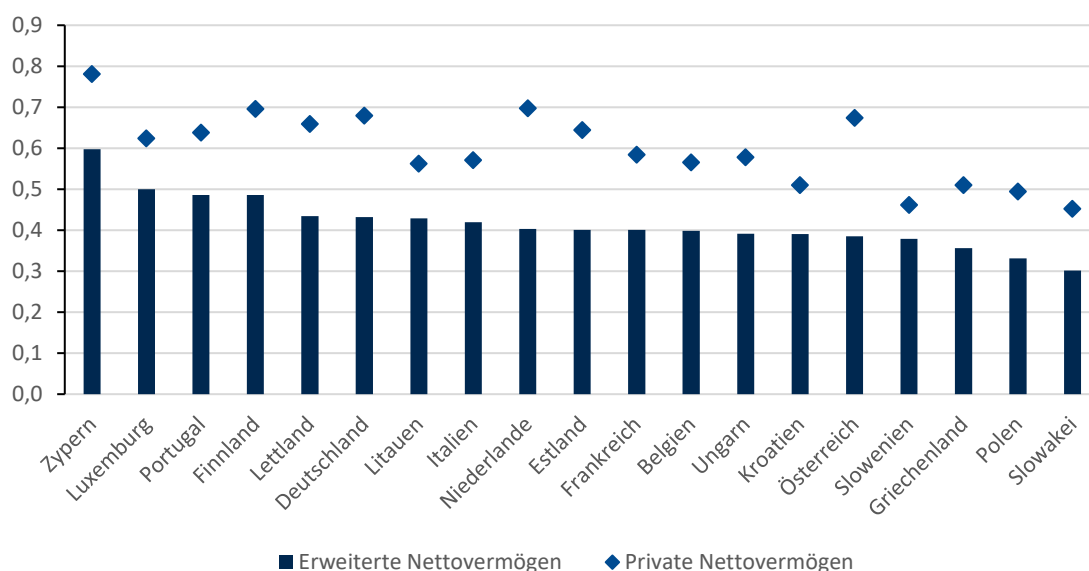
Die höhere relative Bedeutung der kapitalisierten Rentenansprüche im unteren Vermögensbereich führt dazu, dass sich der Gini-Koeffizient als Maß für die relative Nettovermögensungleichheit von 0,72 auf 0,58 reduziert. Dies entspricht einem Rückgang um 19,4 Prozent und liegt damit im Bereich früherer Schätzungen (siehe unter anderem vbw, 2021; Bartels et al., 2023). Parallel hierzu verschiebt sich der Vermögensanteil der oberen 10 Prozent von 54 Prozent auf 39 Prozent, während der Vermögensanteil der unteren 50 Prozent am Gesamtvermögen von 3 Prozent auf 10 Prozent ansteigt.

Gleichwohl ist die Integration gesetzlicher Rentenansprüche in die Vermögensanalyse mit erheblichen konzeptionellen und methodischen Herausforderungen verbunden. Im Unterschied zu markt gängigen Sach- und Finanzvermögenswerten weisen diese Ansprüche einen nicht-marktfähigen Charakter auf: Sie sind weder liquide noch beleihbar und unterliegen Restriktionen hinsichtlich ihrer Übertragbarkeit. Darüber hinaus erfordert die Bestimmung ihres Gegenwartswerts umfangreiche Annahmen im Rahmen von Simulationsrechnungen, insbesondere bezüglich der individuellen Lebenserwartung, der zukünftigen Zinsentwicklung sowie des Renteneintrittsalters. Diese Annahmen sind mit erheblicher Unsicherheit behaftet und limitieren die Präzision der Schätzungen. Entsprechend sind die resultierenden Vermögensmaße als approximative Größen zu interpretieren, die den ökonomischen Wert gesetzlicher Rentenansprüche näherungsweise abbilden.

Die vorherigen Ausführungen haben gezeigt, dass bei einer Berücksichtigung kapitalisierter Rentenansprüche eine substanzielle Reduktion der Vermögensungleichheit in Deutschland zu erwarten ist. Auf Grundlage der isolierten Betrachtung Deutschlands bleibt jedoch offen, ob die gesetzliche Alterssicherung auch einen Teil der Unterschiede in der Vermögensungleichheit zwischen den europäischen Ländern erklären kann. Schließlich verfügen auch die übrigen Länder über gesetzliche Alterssicherungssysteme, deren Ansprüche in den bislang betrachteten Vermögensmaßen unberücksichtigt bleiben.

Abbildung 15

Gini-Koeffizient mit und ohne Berücksichtigung gesetzlicher Rentenansprüche im europäischen Vergleich, Ein- und Zweipersonenrentnerhaushalte, 2017



Das Vermögensäquivalent der Rentenansprüche wird nur für Ein- und Zweipersonenhaushalte bestimmt, in denen alle Personen eine gesetzliche Rente beziehen; Alter bei 85 top-codiert, Irland und Malta sind ausgeschlossen, weil Alter in Stufen/Intervallen erhoben wird.

Quelle: Wroński, 2023

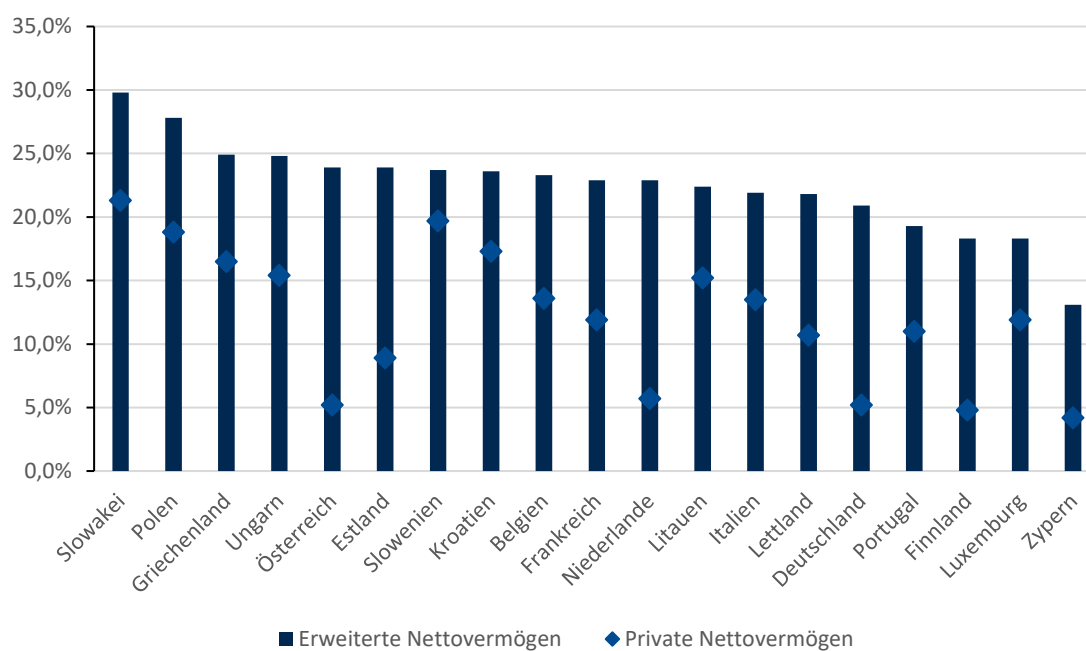
Eine erste einordnende Antwort auf diese Frage liefert die zu diesem Zusammenhang erstmalige, komparative Analyse von Wronski (2023). Auf Basis harmonisierter Befragungsdaten des „Household Finance and Consumption Survey“ (HFCS) für das Jahr 2017 untersucht die Studie in 19 europäischen Ländern die Verteilungseffekte kapitalisierter Rentenansprüche. Hierzu werden die Gini-Koeffizienten von Ein- und Zweipersonenrentnerhaushalten mit und ohne Berücksichtigung dieser Ansprüche gegenübergestellt. Die Einbeziehung der Rentenansprüche führt durchgehend zu einer Reduktion der relativen Nettovermögensungleichheit und zugleich zu einer Konvergenz der länderspezifischen

Ungleichheitsmaße, die sich in einer geringeren Streuung der Gini-Koeffizienten widerspiegelt (Abbildung 15).

Für Deutschland ergibt sich ohne Berücksichtigung der Rentenanwartschaften ein Gini-Koeffizient der Vermögensverteilung unter Rentnerhaushalten von 0,679, der im Ländervergleich lediglich von Finnland, den Niederlanden und Zypern übertroffen wird. Unter Einbezug der kapitalisierten Ansprüche reduziert sich der Gini-Koeffizient auf 0,432, was einem Rückgang um rund 36 Prozent entspricht; zugleich verbessert sich die relative Position Deutschlands in der internationalen Ungleichheitsrangfolge von Rang 4 auf Rang 6. Insgesamt ist der ungleichheitsmindernde Effekt in Deutschland überdurchschnittlich stark ausgeprägt und wird lediglich in Estland, den Niederlanden und Österreich übertroffen. Am geringsten sind die Effekte in Zypern, Kroatien, Luxemburg und Slowenien.

Abbildung 16

Nettovermögensanteil der unteren 50 Prozent mit und ohne kapitalisierte gesetzliche Rentenansprüche, Ein- und Zweipersonenrentnerhaushalte, 2017



Das Vermögensäquivalent der Rentenansprüche wird nur für Ein- und Zweipersonenhaushalte bestimmt, in denen alle Personen eine gesetzliche Rente beziehen; Alter bei 85 top-codiert, Irland und Malta sind ausgeschlossen, weil Alter in Stufen/Intervallen erhoben wird.

Quelle: Wroński, 2023

Der vergleichsweise starke Rückgang der Gini-Koeffizienten in Österreich, den Niederlanden, Estland und Deutschland ist maßgeblich darauf zurückzuführen, dass die

Berücksichtigung gesetzlicher Rentenanwartschaften zu einer deutlichen Verschiebung der ausgewiesenen Vermögensanteile entlang der Verteilung führt. So steigt der Anteil der unteren 50 Prozent am Nettovermögen der Rentnerhaushalte in diesen Ländern substantiell an, während der Anteil der oberen 10 Prozent korrespondierend zurückgeht (Abbildung 16). Für Deutschland zeigt sich dieser Effekt überdurchschnittlich stark ausgeprägt: Der Vermögensanteil der unteren Hälfte der Verteilung erhöht sich von 5,2 Prozent auf 20,9 Prozent und vervierfacht sich damit nahezu. Gleichzeitig reduziert sich der Anteil des obersten Dezils von 46,5 Prozent auf 32,2 Prozent. Vergleichbare, wenngleich in ihrer Intensität variierende Verschiebungen lassen sich in sämtlichen betrachteten europäischen Ländern beobachten.

Insgesamt verdeutlichen die dargestellten Ergebnisse für Deutschland und andere europäische Länder die erhebliche Relevanz gesetzlicher Rentenanwartschaften als verteilungsrelevante Vermögenskomponente. Zugleich unterstreichen sie, dass Analysen der Vermögensungleichheit unvollständig bleiben und potenziell zu verzerrten sozial- und verteilungspolitischen Schlussfolgerungen führen können, sofern institutionelle Unterschiede in der Ausgestaltung der Alterssicherungssysteme nicht adäquat berücksichtigt werden. Insbesondere die länderspezifische Gewichtung von privater gegenüber staatlicher Vorsorge stellt eine zentrale Determinante für das Niveau und die Struktur der gemessenen Vermögensverteilung dar.

4.4 Unterschiede in der Vermögenszusammensetzung

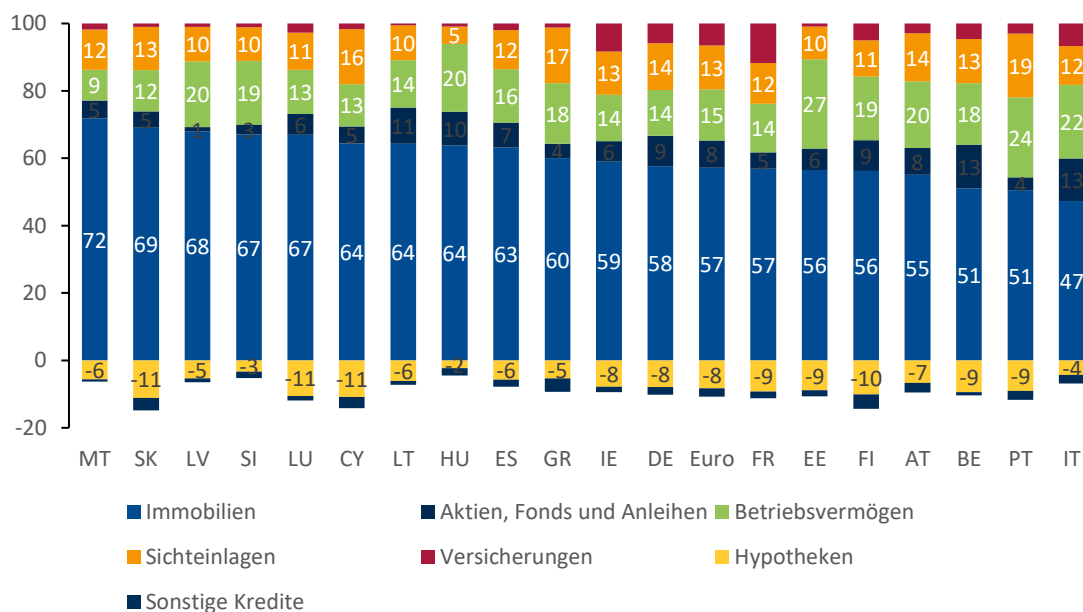
Bei der weiteren Einordnung der verschiedenen Niveaus an Vermögensungleichheit soll zuletzt die Zusammensetzung der Vermögen in den verschiedenen Ländern in den Blick genommen werden. Entsprechend illustriert Abbildung 17 die Anteile der verschiedenen Vermögenskomponenten am Bruttovermögen für die in der Datenbank der verteilungsbasierten Vermögensbilanzen verfügbaren Länder. Zunächst wird deutlich, dass in allen betrachteten Staaten der Eurozone Immobilienvermögen die bedeutendste Komponente am Bruttovermögen darstellen. Mit Anteilen in Höhe von rund 70 Prozent nehmen Immobilien in Malta, der Slowakei und Lettland eine besonders hohe Bedeutung ein. In Italien, Portugal und Belgien liegen die Anteile bei rund der Hälfte des Bruttovermögens. Die Vermögenszusammensetzung in Deutschland ähnelt den Strukturen in Irland, Frankreich, Finnland und Österreich, wobei in Finnland und Österreich Betriebsvermögen einen etwas größeren Anteil ausmachen, und in Frankreich Vermögensanlagen in Versicherungen etwas stärker ausgeprägt sind. Da durch diese Länder bereits ein bedeutender Anteil an Menschen der Eurozone repräsentiert ist, überrascht es nicht, dass Deutschlands Vermögensstruktur auch nahe an dem bevölkerungsgewichteten Durchschnittswert der betrachteten Länder liegt.

Bei der Einordnung der Vermögensstruktur ist zu berücksichtigen, dass diese durch die aggregierten Bestände der jeweiligen Vermögenskomponenten geprägt wird und daher nicht die typische Vermögenszusammensetzung eines Haushalts abbildet. Da sich auf Basis der verfügbaren Daten der verteilungsbasierten Vermögensbilanzen nicht ableiten lässt, welcher Anteil der Haushalte über bestimmte Vermögenskomponenten verfügt, sollen hierzu

ergänzend die Ergebnisse der aktuell vorliegenden Welle der europaweit harmonisierten Haushaltsbefragung HFCS für das Jahr 2021 eine Einordnung liefern (ECB, 2023). Während nahezu alle Haushalte über Sichteinlagen verfügen (im Jahr 2021 galt dies für knapp 99 Prozent der Haushalte im Euroraum), besaß nur ein vergleichsweise kleiner Teil der Haushalte öffentlich gehandelte Aktien (11 Prozent) oder Betriebsvermögen (knapp 12 Prozent). In Deutschland lag der Anteil der Haushalte mit Betriebsvermögen mit 8 Prozent etwas unter dem Durchschnitt des Euroraums, während der Anteil der Haushalte mit Aktienbesitz mit 15 Prozent darüber lag. Höhere Aktienbesitzquoten wiesen im Jahr 2021 lediglich Finnland (20 Prozent) und Luxemburg (18 Prozent) auf. Haushalte mit Betriebsvermögen waren dagegen besonders häufig in Italien anzutreffen, wo ihr Anteil bei rund 20 Prozent lag.

Abbildung 17

Vermögenszusammensetzung im europäischen Vergleich, Anteile am Bruttogesamtvermögen, 2024



Sortierung nach dem Anteil von Immobilien am Bruttogesamtvermögen, der Wert für das Jahr 2024 entspricht dem Mittelwert der Werte Q1-2024 bis Q4-2024.

Quellen: DWA; ECB Data Portal (Stand März 2026); eigene Darstellung

Auch wenn sich aus der Darstellung in Abbildung 17 keine typische Vermögenszusammensetzung ableiten lässt, deutet der Ländervergleich gleichwohl auf einen möglichen Zusammenhang zwischen der Bedeutung von Immobilienvermögen und dem Ausmaß der Vermögensungleichheit hin. So zählen Malta und die Slowakei nicht nur zu den Ländern mit dem höchsten Immobilienanteil am Gesamtvermögen, sondern zugleich zu den Ländern mit der geringsten Vermögensungleichheit in Europa. Auf der anderen Seite zeichnet sich

Österreich, das unter den DWA-Ländern den höchsten Gini-Koeffizienten der Vermögensungleichheit aufweist, durch eine vergleichsweise geringe Bedeutung von Immobilienvermögen aus.

Eine weitergehende Analyse zeigt, dass insbesondere der Anteil der Haushalte in selbstgenutztem Wohneigentum mit der Höhe der Vermögensungleichheit zusammenhängt. Der Korrelationskoeffizient zwischen der Wohneigentumsquote und dem (unbereinigten) Gini-Koeffizienten auf Basis der europaweit harmonisierten Haushaltsbefragung des Jahres 2021 beträgt -0,64. Eine höhere Wohneigentumsquote geht somit tendenziell mit einer geringeren Vermögensungleichheit einher. Deutschland nimmt in dieser Betrachtung eine besondere Stellung ein. Mit einer Wohneigentumsquote von 44,5 Prozent weist es im HFCS 2021 den niedrigsten Wert unter den betrachteten Ländern auf; in den unbereinigten Vermögensbefragungsdaten des Jahres 2023 liegt die Quote sogar nur noch bei 42 Prozent. Gleichzeitig verzeichnet Deutschland in der harmonisierten Haushaltsbefragung des Jahres 2021 den höchsten unbereinigten Gini-Koeffizienten der Haushaltsnettovermögen (ECB, 2023). Neben Deutschland ist Österreich das einzige weitere Land unter den betrachteten Eurostaaten, in dem weniger als die Hälfte der Haushalte im selbstgenutzten Wohneigentum lebt (47,6 Prozent). Zugleich weist Österreich im Jahr 2021 das dritthöchste unbereinigte Niveau der Vermögensungleichheit auf.

Unterschiede in der Wohneigentumsstruktur bieten einen wichtigen Erklärungsansatz für die unterschiedliche Vermögenszusammensetzung der unteren Vermögenshälfte gemäß der Ergebnisse der verteilungsbasierten Vermögensbilanz. Während das durchschnittliche Vermögen der unteren Hälfte in Deutschland und Österreich im Jahr 2024 nur zu etwas mehr als einem Drittel aus Immobilienvermögen bestand, lag der entsprechende Anteil in den übrigen betrachteten Staaten zwischen 65 Prozent in Frankreich und 86 Prozent in Ungarn. Dass die Wohneigentumsquote in der harmonisierten Haushaltsbefragung des Jahres 2021 in Frankreich mit 57,5 Prozent vergleichsweise niedrig und in Ungarn mit 85,8 Prozent vergleichsweise hoch ausfiel, unterstreicht die Bedeutung von Wohneigentum für den Vermögensaufbau im unteren Bereich der Vermögensverteilung.

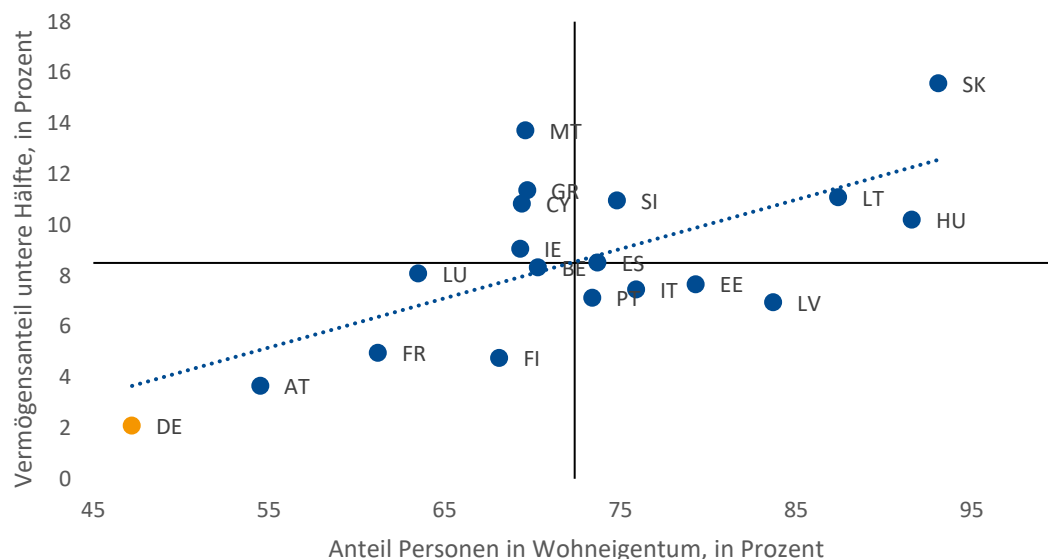
Dieser Zusammenhang wird auch in Abbildung 18 deutlich. Dort wird der Anteil der Personen, die im Jahr 2024 in Wohneigentum lebten, dem Vermögensanteil der unteren Hälfte am gesamten Nettovermögen eines Landes gegenübergestellt. Zwar wäre die haushaltsbezogene Wohneigentumsquote konzeptionell besser mit den haushaltsbezogenen Vermögensdaten vergleichbar. Da Eurostat jedoch nur personenbezogene Wohneigentumsquoten ausweist, ermöglicht diese Kennziffer eine zeitlich konsistente Gegenüberstellung mit den aktuellen Vermögensdaten. Trotz dieser konzeptionellen Einschränkung liegt der Korrelationskoeffizient beider Größen bei knapp 0,67 und deutet auf einen starken positiven Zusammenhang hin. Der Zusammenhang zwischen der personenbezogenen Wohneigentumsquote und dem Gini-Koeffizienten der Vermögensverteilung ist mit einem Korrelationskoeffizienten von -0,47 weniger stark ausgeprägt, bleibt jedoch erkennbar.

In der Darstellung erscheint Malta als Ausreißer, da der Anteil der in Wohneigentum lebenden Personen zuletzt nur leicht unter dem Durchschnitt lag, während der Vermögensanteil der unteren Hälfte deutlich überdurchschnittlich ausfällt. Bei der Interpretation

ist jedoch zu berücksichtigen, dass die von Eurostat ausgewiesene Wohneigentumsquote in Malta zwischen 2022 und 2024 von 82,6 auf 69,6 Prozent zurückging und die Vergleichbarkeit der Zeitreihe aufgrund methodischer Änderungen eingeschränkt ist. Die haushaltsbezogene Wohneigentumsquote lag in der harmonisierten Haushaltsbefragung des Jahres 2021 mit 79 Prozent weiterhin im oberen Bereich. Es bleibt daher abzuwarten, ob sich der beobachtete Rückgang der Wohneigentumsquote auch in der nächsten Welle 2023/24 der harmonisierten Haushaltsbefragungen der HFCS bestätigt.

Abbildung 18

Zusammenhang zwischen Wohneigentum und dem Vermögensanteil in der unteren Hälfte, im Jahr 2024



Der Vermögensanteil der unteren Hälfte für das Jahr 2024 entspricht dem Mittelwert der Werte Q1-2024 bis Q4-2024 (DWA). Die Schnittpunkte der Achsen spiegeln jeweils die ungewichteten Mittelwerte der Variablen wider, die gepunktete Linie den ungewichteten linearen Trend zwischen den beiden Größen.

Quellen: Eurostat, 2026; DWA; ECB Data Portal (Stand März 2026); eigene Berechnungen.

Die vorangegangenen Ausführungen deuten darauf hin, dass die Verbreitung von Wohneigentum einen wichtigen Erklärungsfaktor für den Vermögensanteil der unteren Hälfte darstellt. Eine mögliche Erklärung liegt darin, dass der Erwerb von Wohneigentum mit Konsumverzicht und einer entsprechend stärkeren Sparorientierung einhergehen kann und so langfristigen Vermögensaufbau begünstigt. Unterschiede in den Wohneigentumsquoten spiegeln jedoch nicht allein aktuelle ökonomische Rahmenbedingungen wider, sondern auch historisch gewachsene institutionelle Strukturen. So lässt sich die vergleichsweise geringe Wohneigentumsquote in Deutschland unter anderem mit einem gut ausgebauten Mietwohnungsmarkt, mieterfreundlichen institutionellen Rahmenbedingungen, hohen Kaufnebenkosten sowie historisch bedingten Unterschieden in der Wohnungsversorgung

erklären. In vielen osteuropäischen Staaten wurden zudem nach dem Ende des Realsozialismus große Teile des staatlichen Wohnungsbestands privatisiert, was bis heute zu hohen Wohneigentumsquoten beiträgt (OECD, 2022).

4.5 Subjektive Wahrnehmungen zu Vermögensunterschieden

In den vorherigen Abschnitten wurden mehrere zentrale Faktoren herausgearbeitet, die zur Einordnung der Unterschiede in der Vermögensungleichheit zwischen den europäischen Ländern beitragen können. Daran anknüpfend soll der Frage nachgegangen werden, wie die Vermögensungleichheit in den verschiedenen Ländern wahrgenommen wird. Für Deutschland zeigen verschiedene Untersuchungen, dass die bestehenden Vermögensunterschiede von vielen Menschen als „zu groß“ bewertet werden (unter anderem Busemeyer et al., 2023). Gleichzeitig deuten die verschiedenen Abfragen jedoch darauf hin, dass sich bei Fragen zu Vermögensunterschieden nahezu identische Antwortmuster wie bei Fragen zu Einkommensunterschieden zeigen, wenngleich die Vermögensungleichheit in Deutschland deutlich stärker ausgeprägt ist als die Einkommensungleichheit. Vor diesem Hintergrund stellt sich die Frage, ob die Wahrnehmung der Vermögensunterschiede im europäischen Vergleich in Deutschland besonders kritisch ausfällt und damit mit dem im internationalen Vergleich überdurchschnittlichen Niveau der Vermögensungleichheit korrespondiert.

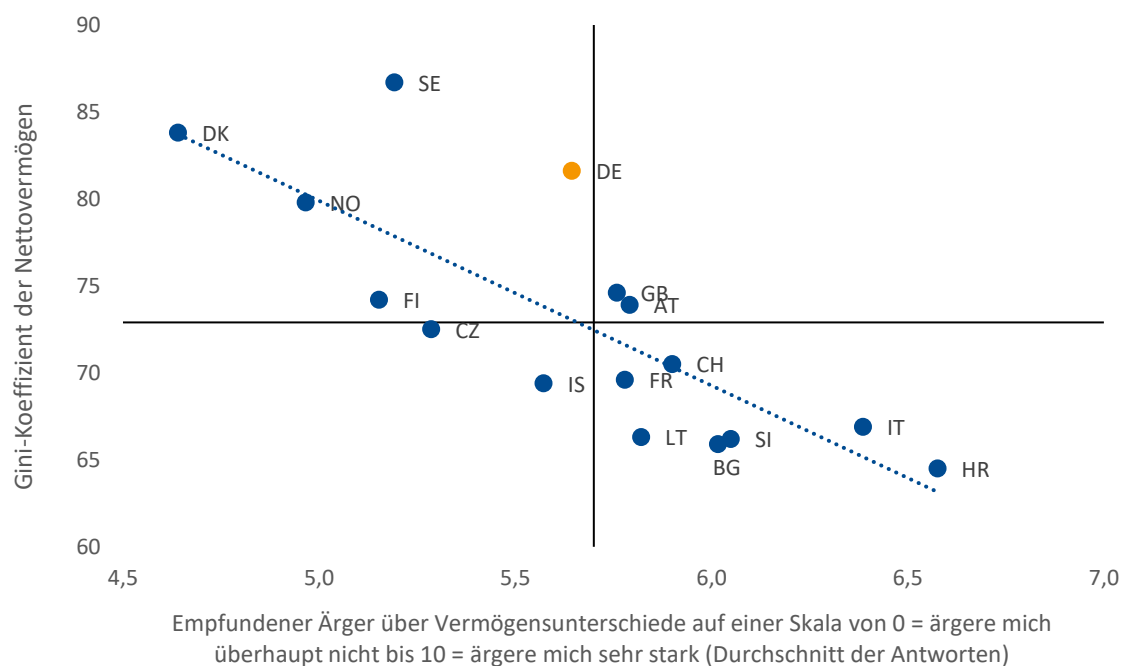
Für einen länderübergreifenden Vergleich der Wahrnehmung von Vermögensungleichheit stellt das International Social Survey Programme (ISSP) mit dem Schwerpunkt „Soziale Ungleichheit“ aus dem Jahr 2019 die den Autoren einzig bekannte vergleichbare Datenquelle dar. Während die Befragung viele Fragen zu Einkommensunterschieden sowie zu Einstellungen gegenüber Umverteilung, Besteuerung und sozialer Gerechtigkeit enthält, wird die Wahrnehmung der Vermögensungleichheit lediglich über eine einzelne Frage erfasst. Konkret werden die Befragten gefragt, wie sie sich fühlen, „wenn Sie an die Vermögensunterschiede zwischen Reichen und Armen [in Deutschland] denken“. Die Antworten erfolgen auf einer Skala von 0 „ich ärgere mich darüber überhaupt nicht“ bis 10 „ich ärgere mich darüber sehr stark“.

Abbildung 19 stellt die Durchschnitte der Antworten für die in der länderübergreifenden Befragung des Jahres 2019 enthaltenen europäischen Staaten den jeweiligen Gini-Koeffizienten der Vermögensungleichheit des Jahres 2019 gegenüber. Die Gini-Koeffizienten gehen auf das Credit Suisse Global Wealth Databook (2019) zurück, welches eine Vorgängerstudie des bereits erwähnten UBS Global Wealth Vergleichs darstellt und im Zusammenhang mit den Daten der international vergleichenden Erhebung ISSP einen breiteren Ländervergleich ermöglicht als die Gini-Koeffizienten der Datenbank der verteilungsbasierten Vermögensbilanzen. Mit einem Korrelationskoeffizienten von knapp -0,79 lässt sich unter den europäischen Staaten ein klar negativer Zusammenhang zwischen den beiden Größen identifizieren. Das heißt, in Ländern, in denen empirisch eine besonders hohe Vermögensungleichheit herrscht, empfinden die Menschen vergleichsweise wenig Ärger über diese Unterschiede. Dies gilt insbesondere für die Menschen in den skandinavischen Staaten, die bereits vorher als Länder mit eher hoher Vermögensungleichheit ausgemacht

wurden. Gleichzeitig ärgern sich die Menschen in Kroatien und Italien sowie in einer Mehrheit der berücksichtigten osteuropäischen Staaten deutlich stärker über die Vermögensunterschiede innerhalb ihres Landes, auch wenn sie zu den Staaten mit eher geringen empirischen Vermögensunterschieden zählen.

Abbildung 19

Empfindungen über Vermögensunterschiede im europäischen Vergleich, im Jahr 2019



Die Schnittpunkte der Achsen spiegeln jeweils die ungewichteten Mittelwerte der Variablen wider, die gepunktete Linie den ungewichteten linearen Trend zwischen den beiden Größen.

Frageformulierung im ISSP 2019: Einige Menschen ärgern sich über Vermögensunterschiede zwischen Reichen und Armen, andere nicht. Wie fühlen Sie sich, wenn Sie an die Vermögensunterschiede zwischen Reichen und Armen in [Land] denken? Bitte antworten Sie auf der Skala von 0 bis 10. 0 bedeutet, dass Sie sich überhaupt nicht darüber ärgern und 10 bedeutet, dass Sie sich sehr stark darüber ärgern.

Quellen: Credit Suisse Global Wealth Databook, 2019; ISSP, 2019; eigene Berechnungen

Wenngleich sich Deutschland auch bezüglich der Berechnungen des Credit Suisse Global Wealth Databooks als Land mit eher hoher Vermögensungleichheit identifizieren lässt, liegen die Empfindungen der Deutschen über die Vermögensunterschiede ziemlich genau im Durchschnitt der berücksichtigten europäischen Länder. Dass der Gini-Koeffizient gemäß Credit Suisse mit 81,6 merklich höher ausfällt als der entsprechende Koeffizient der verteilungsbasierten Vermögensbilanz für das Jahr 2019 (76,3), kann darauf zurückgehen, dass bei der Credit Suisse nur Hinzuschätzungen sehr hoher Vermögen und keine Anpassung

weiterer Vermögenswerte erfolgt und dass die Ursprungsdaten für Deutschland auf das SOEP zurückgehen, bei denen auch individuelle Vermögensunterschiede berücksichtigt werden.

Weitergehende Analysen zeigen, dass die Empfindungen zu den Vermögensunterschieden mit einem Korrelationskoeffizienten von knapp 0,91 mit den Einschätzungen zu der Frage zusammenhängen, ob die Einkommensunterschiede im Land als zu groß empfunden werden. Die Auswertungen legen somit nahe, dass auch die Menschen in anderen europäischen Staaten bei Einschätzungen zur Ungleichheit nicht zwischen Einkommen und Vermögen differenzieren. Eine Korrelation mit dem Gini-Koeffizienten der Einkommensungleichheit im Jahr 2019 gemäß Eurostat deutet auf einen leichten positiven Zusammenhang mit den Einschätzungen zu den Vermögensunterschieden (Korrelationskoeffizient in Höhe von 0,43) hin.

Ein noch stärkerer Zusammenhang zeigt sich jedoch zur wahrgenommenen Gesellschaftsform, die in der internationalen Erhebung ISSP ebenfalls abgefragt wurde. Je mehr Menschen im unteren Bereich der Gesellschaft eines Landes vermutet werden, desto kritischer werden gleichsam die Vermögens- als auch die Einkommensunterschiede wahrgenommen. Der Anteil eines Landes, der die Gesellschaft als „eine kleine Elite oben, nur sehr wenige Menschen in der Mitte und die große Masse der Bevölkerung unten“ wahrnimmt, korreliert zu 0,74 mit den Empfindungen zu den Vermögensunterschieden. Während in Bulgarien 56 Prozent und in Kroatien 55 Prozent dieses Bild ihrer Gesellschaft teilen, sind es in Schweden, Dänemark und Norwegen jeweils unter 5 Prozent der Befragten (Deutschland: 14 Prozent). Entsprechend wird auch die Aufteilung der Bevölkerung in denjenigen Ländern ungleicher wahrgenommen, in denen die Vermögen gleicher verteilt sind (vgl. Niehues, 2016).

5 Ungleichheit und die Hinzuschätzung hoher Vermögen

Die Vermögen des obersten Prozents sind größtenteils als produktives Vermögen in Form von Betriebsvermögen gebunden.

Die von der Deutschen Bundesbank bereitgestellten Daten zur verteilungsbasierten Vermögensbilanz (DWA) erlauben bislang keine hinreichende Differenzierung innerhalb des oberen Rands der Vermögensverteilung. Gerade in diesem Segment wäre jedoch eine feinere Aufgliederung analytisch besonders aufschlussreich, da bestimmte Vermögenskomponenten – insbesondere gebundenes Betriebsvermögen – mit zunehmendem Vermögensniveau deutlich an Bedeutung gewinnen. Vor diesem Hintergrund wird in Kapitel 5 eine geeignete Methodik zur Hinzuschätzung fehlender Vermögenswerte für Deutschland angewendet, die ebenfalls auf Vermögensbefragungsdaten der Deutschen Bundesbank (PHF) und Informationen aus der Reichenliste des manager magazins basiert. Ziel ist es, die Vermögensspitze adäquat abzubilden und eine differenziertere Analyse der Vermögensspitze in Deutschland zu ermöglichen.

Die Interpretation der Ergebnisse zur Vermögensverteilung in Bezug auf die hohen Vermögen und der Vergleich mit anderen Ländern ist mit generellen Herausforderungen verbunden: Erstens schwankt die Repräsentativität gerade der sehr hohen Vermögen nicht nur zwischen den Ländern, sondern auch innerhalb eines Landes über die Zeit. Auch Schwankungen in den Vermögenspreisen, zum Beispiel nach Krisen wie dem Ukraine-Krieg, haben je nach Land unterschiedliche Auswirkungen auf Erfassung und Bewertung der Vermögen. Zweitens ist die Konzentration der Vermögen am oberen Ende der Verteilung sehr von der Erfassung und Verteilung der eigentümergeführten Betriebsvermögen abhängig. Diese sind von besonderer Bedeutung für die mittelständische Wirtschaftsstruktur in Deutschland und daher auch innerhalb der Vermögensverteilung hervorzuheben. Schwankungen in der Erfassung der Betriebsvermögen oder in der Bewertung haben große Auswirkungen auf die Ungleichheitsmaße. Diesen Unzulänglichkeiten in den Befragungsdaten soll mit methodischen Weiterentwicklungen begegnet werden. In diesem Kapitel soll allerdings auch dafür sensibilisiert werden, wie die Korrektur der Befragungsdaten um untererfasste hohe Vermögen die Verteilungsmaße beeinflusst. Als Referenzjahr der Untersuchungen dient das Jahr 2023. Die Ergebnisse werden sowohl mit Schätzungen für frühere Jahre in Deutschland verglichen als auch in die international vergleichende Literatur zu anderen Ländern eingeordnet.

Ein in der Literatur weit verbreiteter Ansatz zur unverzerrten Analyse der Vermögensverteilung in Vermögensbefragungsdaten ist die statistische Hinzuschätzung hoher Vermögen. Dies ist typischerweise notwendig, weil sehr vermögende Haushalte in Stichprobenerhebungen systematisch unterrepräsentiert sind. Dies liegt zum einen an geringen Teilnahmequoten wohlhabender Haushalte, zum anderen an einer häufigen Untererfassung großer Vermögen. Da Vermögen stark konzentriert sind, können bereits wenige fehlende

Beobachtungen im obersten Vermögensbereich erhebliche Verzerrungen bei Ungleichheitsmaßen, Vermögensanteilen der reichsten Perzentile oder aggregierten Vermögensbeständen verursachen.

Einen Lösungsansatz für diese Herausforderung liefert Vermeulen (2018), der zeigt, dass insbesondere der obere Rand der Vermögensverteilung gut durch eine geschätzte Pareto-Verteilung modelliert werden kann und dass ohne entsprechende Korrekturen die Konzentration von Vermögen deutlich unterschätzt wird. Daher kombinieren viele empirische Studien Befragungsdaten mit sogenannten Reichenlisten, etwa des manager magazins, und ergänzen sehr hohe Vermögen mit statistischen Verfahren, um den oberen Bereich der Verteilung realistischer abzubilden (vgl. Bach et al., 2019).

5.1 Hinzuschätzung hoher Vermögen und Uprating

Aus den öffentlich verfügbaren Reichenlisten zum Beispiel vom Forbes-Magazin oder vom manager magazin (Neßhöver/Bornefeld, 2023) ist bekannt, dass Haushalte mit sehr hohen Vermögen typischerweise nicht in Befragungsdaten erhoben werden. Die Liste des manager magazins wurde von Jirmann und Trautvetter (2023) aufbereitet, beispielsweise durch eine Aufteilung von Familienverbänden in Haushalte und kann so den Befragungsdaten hinzugefügt werden, um die Untererfassung zu korrigieren. Allerdings gibt es immer noch einen Bereich der Vermögensverteilung, der dann untererfasst bleibt. Zwischen den höchsten Vermögen in den unbereinigten Befragungsdaten der Deutschen Bundesbank und der Reichenliste besteht eine Lücke, die es mit statistischen Verfahren zu schließen gilt.

Um die Vermögensverteilung repräsentativ auch im oberen Bereich der Vermögen abzubilden, werden künstlich erzeugte (synthetische) Beobachtungen entlang der statistisch geschätzten Pareto-Verteilung ergänzt (vgl. Anhang für eine ausführliche Beschreibung der Methodik). Diese schließen die Lücke in den Daten zwischen den originären Vermögensbefragungsdaten und den Haushalten der manager magazin-Liste. Die sehr wenigen beobachteten Fälle mit sehr hohen Vermögen in den Ursprungsdaten der Vermögensbefragung werden ab einem statistisch hergeleiteten Punkt in der Vermögensverteilung entfernt und ebenfalls durch die künstlich erzeugten Fälle ersetzt. Der vollständige Datensatz enthält schließlich bis zu einem Nettovermögen von knapp 3 Millionen Euro die unbereinigten Vermögensbefragungsdaten, anschließend die künstlich erzeugten pareto-verteilten Fälle und ab einem Vermögen von 500 Millionen Euro die aufbereiteten Haushalte aus der Reichenliste.

Die Aggregate der Vermögenskomponenten liegen trotz der Hinzuschätzung noch unter den makroökonomisch erfassten Vermögensaggregaten in den Referenzdaten der sektoralen Vermögensbilanz (Deutsche Bundesbank, 2026) und der Finanzierungsrechnung der Deutschen Bundesbank (2025b) für das Jahr 2023. Daher werden zusätzlich die Vermögenskomponenten auf diese Aggregate statistisch hochgerechnet. Bei diesem sogenannten Uprating der Daten wird angenommen, dass die Untererfassung der jeweiligen Vermögenskomponenten entlang der Vermögensverteilung proportional zur ursprünglichen

Vermögenszusammensetzung erfolgt (vgl. auch Demary et al., 2021; Albers et al., 2020). Selektive Verzerrungen infolge fehlender oder unvollständig erfasster Angaben bleiben dabei unberücksichtigt. Da die Vermögensstrukturen der pareto-verteilten Fälle ab 3 Millionen Euro sowie für die Haushalte aus dem manager magazin nicht vorliegen, werden diese ebenfalls statistisch ergänzt (vgl. Kapitel 5.2 für die Rolle der Betriebsvermögen und die Ausführungen im Anhang für Details zur Methodik).

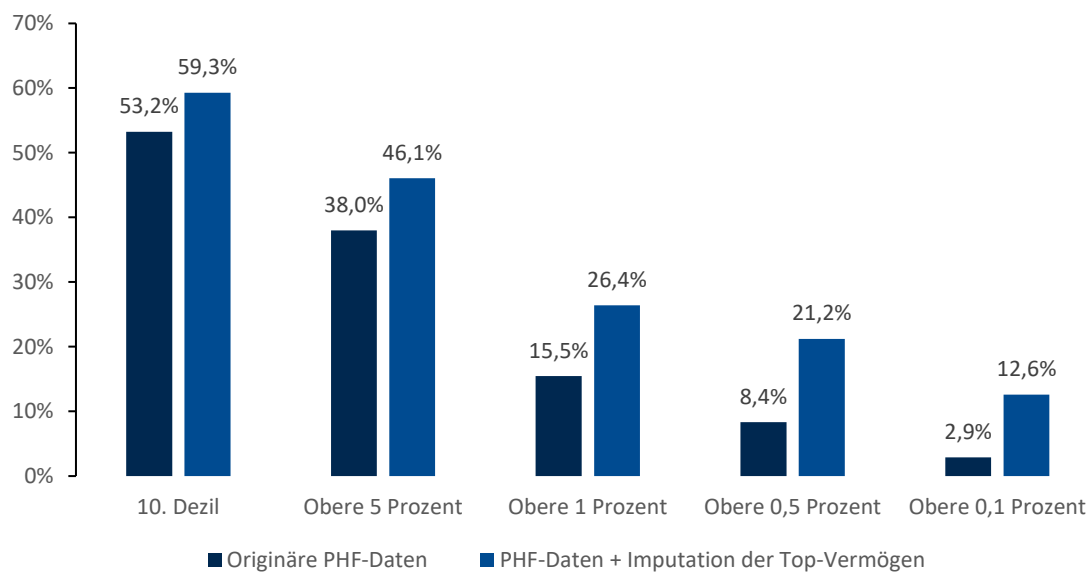
Die Korrektur der originären Vermögensbefragungsdaten hat erheblichen Einfluss auf die gemessene Vermögensverteilung und die Ungleichheitsmaße. In Abbildung 20 sind die Vermögensanteile im oberen Bereich der Verteilung vor und nach der Hinzuschätzung sehr hoher Vermögen zu sehen. Nach der Hinzuschätzung liegt der Anteil der oberen 10 Prozent am gesamten Nettovermögen um rund 6 Prozentpunkte höher und steigt von 53,2 auf 59,3 Prozent. Die Ergebnisse sind den Befunden der verteilungsbasierten Vermögensbilanz in Kapitel 3.3 (Abbildung 8) sehr ähnlich. Unter Berücksichtigung der Hinzuschätzung zählen Haushalte im Jahr 2023 zu den oberen 10 Prozent, wenn sie über ein Haushaltsnettovermögen in Höhe von mindestens 1,1 Millionen Euro verfügen. Je höher man in der Vermögensverteilung wandert, desto deutlicher sind die Auswirkungen. Der Anteil der oberen 1 Prozent steigt von 15,5 Prozent auf 26,4 Prozent. Hierzu gehören alle Haushalte mit mindestens 4,2 Millionen Euro. Der Anteil der oberen 0,1 Prozent (Haushalte ab einem Nettovermögen in Höhe von knapp 17 Millionen Euro) steigt von 2,9 Prozent auf 12,6 Prozent.

Insgesamt liegen die Vermögensanteile des oberen Bereichs der Verteilung inklusive Hinzuschätzungen sehr nah an denen der aktuellsten Vergleichsstudie mit Daten aus dem Jahr 2021 (Albers et al., 2024). Dort werden die Anteile der oberen 10 Prozent auf rund 59 Prozent geschätzt und für das obere 1 Prozent auf etwa 25 Prozent. Die Ergebnisse liegen niedriger als in Studien, die die Methodik für frühere Jahre durchgeführt haben. Bach et al. (2018) kamen für das Jahr 2014 auf einen Anteil von 33,1 Prozent für das obere Prozent und 17,4 Prozent für die oberen 0,1 Prozent. Drei Gründe für diese Unterschiede kommen in Frage: Erstens ist die Ausgangsverteilung für das Jahr 2014 ungleicher verteilt als im Jahr 2023. Die oberen 1 Prozent haben im Jahr 2014 bereits ohne Hinzuschätzung 23,6 Prozent des gesamten Nettovermögens – also fast so viel wie nach Hinzuschätzung im Jahr 2023. Die oberen 0,1 Prozent haben 6,3 Prozent im Jahr 2014 und somit deutlich mehr als die 2,9 Prozent im Jahr 2023. Zweitens ist der Effekt der Hinzuschätzung auch abhängig von den getroffenen statistischen Annahmen. Allerdings liegen die jeweils geschätzten Pareto-Verteilungen dieser Studie und von Bach et al. (2018) nicht weit auseinander, so dass die Vermögenskonzentration der unbereinigten Befragungsdaten und der Reichenliste entscheidender sind und in beiden die Ungleichheit im Jahr 2023 deutlich niedriger liegt als 2014. Ein wichtiger Unterschied kann drittens darin liegen, ob nur sehr hohe Vermögen hinzugeschätzt werden oder auch ein Uprating der übrigen Vermögenskomponenten erfolgt. Während in Bach et al. (2018) nur die Untererfassung sehr hoher Vermögen korrigiert wird, erfolgt in Albers et al. (2020; 2024) sowie Demary et al. (2021) auch ein Uprating der Vermögenskomponenten über die gesamte Vermögensverteilung, was in aller Regel zu einer Verringerung der Vermögenskonzentration führt. Insgesamt lässt sich festhalten, dass auch mit hinzugeschätzten sehr hohen Vermögen seit 2014 ein Rückgang der

Vermögenskonzentration zu beobachten ist. Dieser zeigt sich sowohl in der Gesamtverteilung als auch insbesondere am oberen Rand der Vermögensverteilung.

Abbildung 20

Nettovermögensanteile in den originären Befragungsdaten versus in den um hohe Vermögen ergänzten Befragungsdaten, im Jahr 2023



Die um sehr hohe Vermögen ergänzten Vermögensbefragungsdaten des PHF enthalten Informationen aus der manager magazin-Reichenliste (Neßhöver/Bornefeld, 2023), simulierte Werte entsprechend der geschätzten Pareto-Verteilung und sind zudem auf die makroökonomischen Vermögensaggregate nach Vermögensarten hochgerechnet (vgl. zur Methodik weitere Details im Anhang).

Quellen: PHF, 2025; manager magazin-Reichenliste (Neßhöver/Bornefeld, 2023); eigene Berechnungen

5.2 Bedeutung von Betriebsvermögen im oberen Vermögensbereich

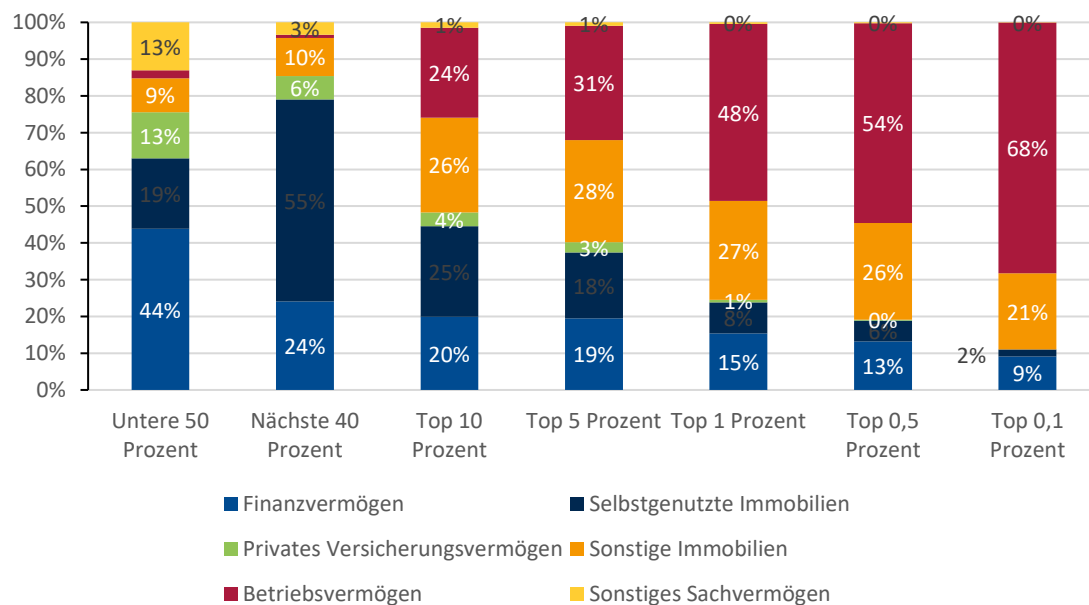
Während in den originären Vermögensbefragungsdaten die Vermögenszusammensetzung und die Vermögensarten abgefragt werden, sind diese für die künstlich erzeugten Fälle und die Haushalte der manager magazin-Reichenliste nicht vorhanden, sondern nur das Nettovermögen im Aggregat. Gleichzeitig ist bekannt, dass ein sehr hoher Anteil des Vermögens im oberen Bereich der Verteilung dem eigentümergeführten Betriebsvermögen zuzuordnen ist (Schröder et al., 2020; Demary et al., 2021). In den originären Vermögensbefragungsdaten ohne Hinzuschätzungen steigt der Anteil des Betriebsvermögens am Gesamtvermögen für die obersten 10 Prozent auf 14 Prozent und für die obersten 1 Prozent auf 28 Prozent. In früheren Wellen lagen diese Werte höher, was darauf hindeutet, dass die Betriebsvermögenswerte im Jahr 2023 stärker gesunken sind als die in anderen Asset-Klassen. Die Informationen in den Befragungsdaten können genutzt werden, um mithilfe

eines statistischen Regressionsmodells die Vermögenszusammensetzung und insbesondere den Anteil des Betriebsvermögens für die sehr hohen Vermögen zu schätzen. Hierzu wird im pareto-verteilten Bereich der Vermögensverteilung der Anteil des Betriebsvermögens auf die Nettovermögenshöhe regressiert und auf die hinzugeschätzten Fälle mit höherem Nettovermögen übertragen (für Details zur Methodik siehe Anhang).

In Abbildung 21 sind die Ergebnisse der Vermögenszusammensetzung inklusive der hinzugeschätzten Vermögen zu sehen. Die Bedeutung des Betriebsvermögens im oberen Bereich der Verteilung wird klar ersichtlich. Während Betriebsvermögen mit einem Anteil von rund 2 Prozent bei den unteren 50 Prozent der Verteilung nahezu keine Rolle spielt, nimmt der Anteil im oberen Vermögensbereich deutlich zu. Er steigt von durchschnittlich 24 Prozent im obersten Dezil auf 31 Prozent bei den oberen 5 Prozent und auf knapp die Hälfte für die oberen 1 Prozent an.

Abbildung 21

Vermögenszusammensetzung des Bruttovermögens in den um hohe Vermögen ergänzten Befragungsdaten, im Jahr 2023



Die um sehr hohe Vermögen ergänzten Befragungsdaten des PHF enthalten Informationen aus der manager magazin-Reichenliste (Neßhöver/Bornefeld, 2023), simulierte Werte entsprechend der geschätzten Pareto-Verteilung und sind zudem auf die makroökonomischen Vermögensaggregate nach Vermögensarten hochgerechnet. Die Vermögenszusammensetzung für die sehr hohen Vermögen wird mithilfe der originären Vermögensbefragungsdaten des PHF statistisch geschätzt (vgl. zur Methodik weitere Details im Anhang).

Quellen: PHF, 2025; manager magazin-Reichenliste (Neßhöver/Bornefeld, 2023); eigene Berechnungen

Bei den oberen 0,1 Prozent (ab einem Nettovermögenswert von etwa 17 Millionen Euro) beträgt der Anteil des Betriebsvermögens 68 Prozent. Die Anteile der anderen Vermögensklassen nehmen entsprechend mit steigenden Nettovermögen ab. Vermietete Immobilien stellen mit rund 21 Prozent den zweitwichtigsten Vermögensbestandteil unter den oberen 0,1 Prozent dar. Damit unterscheidet sich die Vermögenszusammensetzung der Haushalte am obersten Rand der Vermögensverteilung grundsätzlich von der der Mittelschicht. Während bis zum 10. Dezil vor allem das selbstgenutzte Eigenheim und Finanzvermögen entscheidend sind, besteht das Vermögen am oberen Ende vor allem aus in Unternehmen gebundenen Produktivvermögen.

5.3 Ungleichheit im obersten Vermögensbereich

Auch auf die Ungleichheitsmaße haben die Hinzuschätzung sehr hoher Vermögen und das anschließende Uprating Auswirkungen. Der Gini-Koeffizient steigt bei alleiniger Hinzuschätzung der fehlenden Vermögenswerte an der Spitze von 0,724 auf 0,769 (Tabelle 2). Besonders ausgeprägt sind die Veränderungen beim auf die Vermögensspitze ausgerichteten GE(2)-Ungleichheitsmaß (Entropiemaß). Dieses ist besonders sensitiv für Veränderungen der Vermögenskonzentration im obersten Bereich der Verteilung und steigt von 2,2 auf 214,9. Sowohl der Gini-Koeffizient als auch das GE(2)-Maß liegen jedoch deutlich geringer als in den Schätzungen für die vergangenen Jahre (vgl. Bach et al., 2018).

Tabelle 2

Auswirkung der Hinzuschätzung hoher Vermögen und des Upratings auf die Ungleichheitsmaße der Vermögensverteilung, im Jahr 2023

Ungleichheitsmaße	Gini-Koeffizient	Theil-Index, GE(1)	GE(2)
Originäres PHF	0,724	0,954	2,2
PHF + sehr hohe Vermögen	0,769	1,586	214,9
PHF + sehr hohe Vermögen + Uprating	0,758	1,417	129,6

PHF = Vermögensbefragung Private Haushalte und ihre Finanzen der Deutschen Bundesbank.

Quellen: PHF, 2025; manager magazin-Reichenliste (Neßhöver/Bornefeld, 2023); eigene Berechnungen

Selbst der Gini-Koeffizient in den originären Daten der europaweit harmonisierten Haushaltsbefragung (HFCS) des Jahres 2014 lag mit 0,751 näher an dem aktuellen Wert mit Hinzuschätzung. Durch das Uprating sinken die Ungleichheitsmaße wieder etwas. Dies liegt daran, dass auch die breiter verteilten Vermögenskomponenten wie das Vermögen in privaten Versicherungen in den Befragungsdaten im Vergleich zu den makroökonomischen Werten stark untererfasst sind. Das Betriebsvermögen ist nicht vom Uprating betroffen, da

das Aggregat durch die Hinzuschätzung bereits im Bereich der makroökonomischen Vergleichswerte für das Jahr 2023 liegt (3,15 Billionen Euro).

Im internationalen Vergleich sind der Gini-Koeffizient und der ebenfalls zu den Entropiemaßen zählende Theil-Index in Deutschland überdurchschnittlich. Beiden Ungleichheitsmaßen ist gemein, dass sie stärker auf Veränderungen der Vermögensverteilung im mittleren Bereich reagieren. Das auf die Vermögensspitze ausgerichtete GE(2)-Ungleichheitsmaß ist beim Vergleich der Studien, die die sehr hohen Vermögen hinzuschätzen, in Deutschland eher niedrig. Bach et al. (2018) finden bei Hinzuschätzung der hohen Vermögen in den harmonisierten Vermögensbefragungsdaten der HFCS für Frankreich und Spanien für die Erhebungen in den 2010er Jahren deutlich höhere GE(2)-Maße in beiden Ländern als in Deutschland. Während für Deutschland für 2014 ein Wert von 374,4 geschätzt wurde, lagen die Werte für Frankreich und Spanien mit 1.216,8 respektive 617,8 deutlich höher, bei gleichzeitig merklich niedrigeren Gini-Koeffizienten im Vergleich zu den deutschen Werten (Tabelle 3).

Tabelle 3

Auswirkung der Hinzuschätzung hoher Vermögen im internationalen Vergleich (Bach et al. 2018)

Ungleichheitsmaße	Gini-Koeffizient	Theil-Index, GE(1)	GE(2)
Deutschland			
Originäres HFCS 2014	0,751	1,301	5,3
HFCS 2014 + sehr hohe Vermögen	0,778	1,882	374,4
Frankreich			
Originäres HFCS 2014/2015	0,674	1,018	5,5
HFCS 2014/2015 + sehr hohe Vermögen	0,684	1,431	1.216,8
Spanien			
Originäres HFCS 2011/2012	0,594	0,800	3,7
HFCS 2011/2012 + sehr hohe Vermögen	0,607	1,045	617,8

HFCS = europaweit harmonisierte Haushaltsbefragung „Household Finance and Consumption Survey“ der Europäischen Zentralbank.

Quellen: Bach et al., 2018; eigene Darstellung

Dies bedeutet, dass die sehr hohen Vermögen im oberen Bereich der Verteilung, die vor allem aus Betriebsvermögen bestehen, in Deutschland nicht so stark konzentriert sind wie in den beiden anderen Ländern. Die sehr hohen Vermögen teilen sich auf mehr Haushalte auf, die in ihrer Vermögenshöhe näher beieinanderliegen.

Die Beobachtung ist insofern relevant, da beispielsweise Simulationen – auch zu sehr umfassenden Vermögensteuern – praktisch keinen Einfluss auf die Gini-Koeffizienten der Vermögensungleichheit haben, aber hervorgehoben wird, dass die besonders auf die Vermögensspitze ausgerichteten GE(2)-Maße sinken (Bach et al., 2026). Die häufig zur Begründung einer Vermögensteuer angeführte hohe Gini-Ungleichheit wird somit nicht tangiert, sondern nur das GE(2)-Maß, welches sich in Deutschland jedoch bereits ohne Vermögensteuer – zumindest gegenüber Frankreich und Spanien – als unauffällig und sogar merklich niedriger erweist.

6 Schlussbetrachtung und Ableitungen

Eine geringere Ungleichheit der Vermögensverteilung setzt voraus, dass breitere Bevölkerungsschichten Vermögen aufbauen können.

Vor dem Hintergrund einer oftmals kritisch und emotional geführten Debatte über die Vermögensverteilung in Deutschland wurde untersucht, inwieweit die verbreiteten Wahrnehmungen und Annahmen einer empirischen Überprüfung standhalten. Dazu wurde zunächst die Entwicklung und Zusammensetzung der Vermögen in Deutschland analysiert und anschließend die hiesige Vermögensverteilung in einen europäischen Kontext eingeordnet.

Die Ergebnisse zeigen zunächst, dass die Vermögen in Deutschland über die vergangenen 15 Jahre hinweg einen deutlichen Aufwärtstrend verzeichneten: Sowohl die nominalen als auch die realen Vermögen sind in allen Vermögensbereichen deutlich gestiegen – trotz temporärer Rückschläge während der Hochinflationsphase der Jahre 2022 und 2023, die sich in einem Rückgang der realen Vermögenswerte in allen Vermögensgruppen niederschlugen, insbesondere aber in der unteren Vermögenshälfte. Innerhalb der Vermögensstruktur haben sich dabei Verschiebungen ergeben. Im unteren Vermögensbereich haben Sichteinlagen relativ an Bedeutung gewonnen, während im oberen Bereich neben Immobilien insbesondere Betriebsvermögen eine zentrale Rolle spielen. Mit Blick auf regionale Unterschiede innerhalb Deutschlands wird deutlich, dass in Süddeutschland höhere und zugleich gleichmäßiger verteilte Vermögen vorliegen als in anderen Landesteilen. Demgegenüber sind die geringsten Vermögenswerte und gleichzeitig die höchste Ungleichverteilung noch immer in Ostdeutschland zu beobachten, was unter anderem auf eine geringere Wohneigentumsquote zurückzuführen ist. Bereits beim isolierten Blick auf Deutschland ist ersichtlich, dass der Erwerb von Wohneigentum für die individuelle Vermögensbildung der (oberen) Mittelschicht von zentraler Bedeutung bleibt.

Innerhalb der letzten Dekade zeigt sich darüber hinaus ein leichter Rückgang der Nettovermögensungleichheit. Diese Entwicklung bleibt auch dann bestehen, wenn hohe Vermögen aus Reichenlisten zu den Befragungsdaten der Deutschen Bundesbank hinzugeschätzt werden. Im europäischen Vergleich stellt sich die Entwicklung jedoch differenzierter dar. Der Anstieg der mittleren realen Vermögen in Deutschland fällt überdurchschnittlich stark aus und auch die Durchschnittsvermögen sind vergleichsweise hoch. Gleichzeitig ist das Medianvermögen, das die Bevölkerung in zwei gleich große Gruppen teilt, eher gering. Vor diesem Hintergrund – geringes Medianvermögen bei zugleich hohem Durchschnittsvermögen – zählt Deutschland zu den europäischen Ländern mit einer vergleichsweise hohen Vermögensungleichheit. Dieses Muster ist allerdings nicht ungewöhnlich, sondern zeigt sich auch in vielen anderen einkommensstarken Wohlfahrtsstaaten mit relativ unauffälliger Einkommensungleichheit und umfassender sozialer Absicherung. In Ländern mit starker sozialstaatlicher Absicherung fällt die private Vermögensbildung schwächer aus. Hinzu kommt, dass Ansprüche gegenüber staatlichen Sozialversicherungssystemen in Haushaltsbefragungsdaten nicht erfasst werden und daher der tatsächliche Umfang der Vorsorge-

vermögen der Privathaushalte unterschätzt wird. Wird beispielsweise der kapitalisierte Wert von Rentenanwartschaften einbezogen, reduziert sich die gemessene Vermögensungleichheit in allen europäischen Staaten und in Deutschland überdurchschnittlich stark.

Ein weiterer wichtiger Erklärungsfaktor liegt in der Zusammensetzung der Vermögen. Insbesondere die geringe Bedeutung von Wohneigentum im unteren Vermögensbereich trägt wesentlich zur hohen Vermögensungleichheit bei. Eine durchgeführte Hinzuschätzung fehlender Vermögenswerte hebt zudem die große Bedeutung von Betriebsvermögen im obersten Vermögensbereich hervor und unterstreicht, dass die Konzentration in der Vermögensspitze in Deutschland weniger stark ausgeprägt ist als in Ländern wie Frankreich oder Spanien. Schließlich zeigt sich auch mit Blick auf potenzielle wirtschaftspolitische Eingriffe ein differenziertes Bild. Selbst eine enteignend wirkende Vermögensteuer – mit entsprechend völlig entgegengesetzten wirtschaftlichen Effekten – würde die Gini-Koeffizienten der Vermögensungleichheit praktisch nicht reduzieren, sondern lediglich besonders auf die Vermögensspitze ausgerichtete Ungleichheitsmaße beeinflussen, bei denen die Ungleichheit in Deutschland jedoch unauffällig hoch ist. Letztlich sollte die Politik den Vermögensaufbau in unteren und mittleren Vermögensgruppen stärken. Das geht einerseits über gute Rahmenbedingungen für nachhaltiges, inklusives Wachstum, das breite Einkommenszuwächse ermöglicht und Spielraum zum Sparen schafft. Andererseits helfen gezielte Maßnahmen, etwa geringere Erwerbsnebenkosten beim ersten Kauf einer selbstgenutzten Wohnung oder eines Hauses.

Literaturverzeichnis

Albers, T. N. H. / Bartels, C. / Schularick, M. (2020):

The Distribution of Wealth in Germany, 1895-2018 (ECONtribute 001)

Albers, T. N. H. / Bartels, C. / Schularick, M. (2024):

Wealth and its distribution in Germany, 1895-2021 (DIW Discussion Papers 2105)

Bach, S. / Thiemann, A. / Zucco, A. (2018):

Looking for the missing rich: tracing the top tail of the wealth distribution (DIW Discussion Papers 1717)

Bach, S. / Thiemann, A. / Zucco, A. (2019):

Looking for the missing rich: tracing the top tail of the wealth distribution (International Tax and Public Finance 25)

Bach, S. / Wichers, F. / Mudrack, T. (2026):

Vermögensteuer Die Linke – Aufkommens- und Verteilungswirkungen (Politikberatung kompakt 211 DIW Berlin)

Bartels, C. / Bönke, T. / Glaubitz, R. / Grabka, M. M. / Schröder, C. (2023):

Rentenvermögen macht Großteil des Vermögens der ärmeren Bevölkerungshälfte in Deutschland aus (DIW Wochenbericht 45)

BMAS – Bundesministerium für Arbeit und Soziales (2025):

Online-Indikatorik zur Armuts- und Reichtumsberichterstattung, G02 Vermögensverteilung - ARB

Busemeyer, M. R. / Schönhage, N. L. / Baute, S. / Bellani L. / Schwerdt, G. (2023):

Eingetrübte Aussichten: Das Konstanzer Ungleichheitsbarometer belegt die Wahrnehmung zunehmender Ungleichheit (Policy Paper 12)

Credit Suisse (2019):

Global Wealth Databook 2019 (Credit Suisse Research Institute)

Demary, Markus / Hentze, T. / Kauder, B. / Niehues, J. (2021):

Die Rolle der Betriebsvermögen in der Vermögensverteilung (Gutachten im Auftrag der Stiftung Familienunternehmen)

Deutsche Bundesbank (2022):

Eine verteilungsbasierte Vermögensbilanz der privaten Haushalte in Deutschland – Ergebnisse und Anwendungen (Monatsbericht, Juli 2022)

Deutsche Bundesbank (2025a):

Vermögen und Finanzen privater Haushalte in Deutschland: Ergebnisse der Vermögensbefragung 2023 (Monatsbericht, April 2025)

Deutsche Bundesbank (2025b):

Finanzierungsrechnung (Statistische Fachreihe, Juni 2025), <https://www.bundesbank.de/de/publikationen/statistische-fachreihen/statistische-fachreihe-finanzierungsrechnung-959976> [12.05.2026]

Deutsche Bundesbank (2026):

Sektorale und gesamtwirtschaftliche Vermögensbilanzen 1999–2024 <https://www.bundesbank.de/de/statistiken/sectorale-und-gesamtwirtschaftliche-vermoegensbilanzen-1999-2024-615796> [12.05.2026]

ECB - European Central Bank (2020):

Expert Group on Linking macro and micro data for the household sector (2020), "Understanding household wealth: linking macro and micro data to produce distributional financial accounts" (Statistics Paper Series 37), <https://www.ecb.europa.eu/pub/pdf/scpsps/ecb.sps37~433920127f.en.pdf> [07.05.2026]

ECB (2023):

Household Finance and Consumption Survey (HFCS) (Statistical Tables – Wave 2021, Juli 2023), https://www.ecb.europa.eu/home/pdf/research/hfcn/HFCS_Statistical_Tables_Wave_2021_July2023.pdf?0515e108613e1e4d0e839e816e9f07b8 [25.05.2026]

ECB (2024a):

FAQ on Distributional Wealth Accounts (DWA), https://data.ecb.europa.eu/sites/default/files/2024-01/DWA%20FAQ_0.pdf [13.03.2026]

ECB (2024b):

Experimental Distributional Wealth Accounts (DWA) for the household sector, Methodological note, https://data.ecb.europa.eu/sites/default/files/2024-01/DWA%20Methodological%20note_0.pdf [13.03.2026]

ECB (2026):

Distributional Wealth Accounts (DWA). ECB Data Portal (Stand März 2026), <https://data.ecb.europa.eu/data/datasets/DWA>

Grabka, M. M. / Halbmeier, C. (2019):

Vermögensungleichheit in Deutschland bleibt trotz deutlich steigender Nettovermögen anhaltend hoch (DIW Wochenbericht 40)

Hiller, N. / Lerbs, O. / Oberst, C. (2024):

Wohneigentumsdynamik in Deutschland. Generation Miete als Folge des Immobilienbooms? (IW-Policy Paper 9)

Infratest dimap (2026):

ARD DeutschlandTREND April 2026: Deine Meinung zählt, <https://www.infratest-dimap.de/umfragen-analysen/bundesweit/ard-deutschlandtrend/2026/april-deine-meinung-zaehlt/> [20.05.2026]

Jirmann, J. / Trautvetter, C. (2023):

Analyse deutscher Milliardenvermögen, https://www.netzwerk-steuergerechtigkeit.de/wp-content/uploads/2024/01/240115_Billionaires_public.xlsx [5.6.2026]

Kleimann, R. / Biewen, M. / Sturm, M. / Peichl, A. / Endl-Geyer, V. / Fabel, M. / Hufe, P. / Immel, L. / Neumeier, F. / Rainer, H. / Stöckli, M. / Weishaar, D. (2020):

Analyse der Einkommens- und Vermögensverteilung in Deutschland (Begleitforschung zum Sechsten Armuts- und Reichtumsbericht der Bundesregierung)

Neßhöver, C. / Bornefeld, A. (2023):

Rangliste der größten Vermögen 2023. Das sind die 500 reichsten Deutschen (Manager Magazin 13.11.2023), <https://www.manager-magazin.de/unternehmen/die-reichsten-deutschen-2023-das-sind-die-500-reichsten-milliardaere-und-millionaere-a-c25bc6bf-f1d5-4457-9cb0-e1ddc6d7ce26> [5.6.2026]

Niehues, J. (2015):

Vermögensverteilung und Altersgruppeneffekte – Eine Dekompositionsanalyse (Kurzstudie für die Carl-Deilmann-Stiftung)

Niehues, J. (2016):

Ungleichheit: Wahrnehmung und Wirklichkeit – ein internationaler Vergleich (Wirtschaftsdienst 13, Sonderheft)

Niehues, J. / Stockhausen, M. (2025):

Wer besitzt wie viel? Ein Vermögensvergleich nach Altersgruppen (IW-Kurzbericht 59)

OECD – Organisation for Economic Co-operation and Development (2022):

Addressing the Housing Challenges in Central and Eastern Europe. OECD Ecoscope, <https://oecdscope.blog/2022/07/21/addressing-the-housing-challenges-in-central-and-eastern-europe/> [05.06.2026]

Pfeffer, F. T. / Waitkus, N. (2021):

The Wealth Inequality of Nations (American Sociological Review 86, 4)

PHF – Private Haushalte und ihre Finanzen (2025):

Scientific Use File, 5. Erhebungswelle 2023, Deutsche Bundesbank Forschungsdatenzentrum

Raub, B. / Johnson, B. / Newcomb, J. (2010):

A Comparison of Wealth Estimates for America's Wealthiest Decendents Using Tax Data and Data from the Forbes 400 (National Tax Association Proceedings 103rd Annual Conference on Taxation)

Schluter, C. (2018):

Top incomes, heavy tails, and rank-size regressions (Econometrics 6, 10)

Schröder, S. / Bartels, C. / Göbler, K. / Grabka, M. M. / König, J. / Siegers, R. / Zinn, S. (2020):

Verbesserung der Forschungsdateninfrastruktur im Bereich Hochvermögender mit dem Sozio-oekonomischen Panel (SOEP) (SOEPpapers on Multidisciplinary Panel Data Research, 1084)

Stockhausen M. / Niehues, J. (2019):

Vermögensverteilung – Bemerkenswerte Stabilität (IW-Kurzbericht 81)

SVR - Sachverständigenrat zur Begutachtung der gesamtwirtschaftlichen Entwicklung (2025):

Jahresgutachten 2025/26. Perspektiven für morgen schaffen – Chancen nicht verspielen

UBS (2023):

Global Wealth Databook 2023

vbw – Vereinigung der Bayerischen Wirtschaft (2017):

Vermögensverteilung – Vorurteilen auf der Spur. Eine vbw-Studie – erstellt vom Institut der deutschen Wirtschaft. München

vbw (2021):

Gerechtes Deutschland – Die Rolle der Vermögen. Eine vbw-Studie – erstellt vom Institut der deutschen Wirtschaft. München

Vermeulen, P. (2018):

How fat is the top tail of the wealth distribution? (Review of Income and Wealth 64, 2)

Wroński, M. (2023):

The impact of social security wealth on the distribution of wealth in the European Union (Journal of the Economics of Ageing 100445)

Abbildungsverzeichnis

Abbildung 1	Höhe der Haushaltsnettovermögen nach Region	8
Abbildung 2	Ungleichheit der Haushaltsnettovermögen nach Region	9
Abbildung 3	Entwicklung der realen Nettovermögen nach Vermögensbereichen	13
Abbildung 4	Veränderung der Vermögensstruktur über die Zeit	14
Abbildung 5	Veränderung der Vermögensstruktur nach Vermögensbereichen	15
Abbildung 6	Entwicklung der Ungleichheit der privaten Nettovermögen	17
Abbildung 7	Gini-Koeffizienten der privaten Haushaltsnettovermögen	19
Abbildung 8	Entwicklung der Vermögensanteile	20
Abbildung 9	Höhe der Haushaltsnettovermögen im europäischen Vergleich	23
Abbildung 10	Entwicklung der realen Medianvermögen	25
Abbildung 11	Gini-Koeffizienten der privaten Haushaltsnettovermögen im europäischen Vergleich	26
Abbildung 12	Vermögensungleichheit und Sozialquote	29
Abbildung 13	Vermögensanteil der unteren 50 Prozent und kaufkraftbereinigte Sozial- schutzausgaben pro Kopf	30
Abbildung 14	Anteile der gesetzlichen Rentenansprüche am erweiterten Nettovermögen nach Vermögensbereichen	32
Abbildung 15	Gini-Koeffizient mit und ohne Berücksichtigung gesetzlicher Rentenansprü- che im europäischen Vergleich	33
Abbildung 16	Nettovermögensanteil der unteren 50 Prozent mit und ohne kapitalisierte ge- setzliche Rentenansprüche	34
Abbildung 17	Vermögenszusammensetzung im europäischen Vergleich	36
Abbildung 18	Zusammenhang zwischen Wohneigentum und dem Vermögensanteil in der unteren Hälfte	38
Abbildung 19	Empfindungen über Vermögensunterschiede im europäischen Vergleich	40
Abbildung 20	Nettovermögensanteile in den originären Befragungsdaten versus in den um hohe Vermögen ergänzten Befragungsdaten	45
Abbildung 21	Vermögenszusammensetzung des Bruttovermögens in den um hohe Vermö- gen ergänzten Befragungsdaten	46
Abbildung A1	Geschätzte Pareto-Verteilung mit dem Parameter $\alpha = 1,41$	60

Tabellenverzeichnis

Tabelle 1	Haushaltsnettovermögen nach Vermögensbereichen	10
Tabelle 2	Auswirkung der Hinzuschätzung hoher Vermögen und des Upratings auf die Ungleichheitsmaße der Vermögensverteilung	47
Tabelle 3	Auswirkung der Hinzuschätzung hoher Vermögen im internationalen Vergleich	48
Tabelle A1	Geschätzte Pareto-Parameter α in den Vermögensbefragungsdaten des Jahres 2023	59

Anhang

Methodischer Anhang zu Kapitel 5

Um die Vermögensverteilung auch im oberen Bereich der Vermögen repräsentativ abzubilden, wird zunächst anhand der beobachteten hohen Vermögen in den PHF-Befragungsdaten des Jahres 2023 die Hypothese von pareto-verteilten Vermögen überprüft. Die diagnostischen Plots zum Testen der Pareto-Verteilung (vgl. Schluter, 2018) zeigen an, dass die Nettovermögen ab 930.000 Euro annäherungsweise pareto-verteilt sind. Das heißt, für die diesen Schwellwert übersteigenden Werte kann man den sogenannten Pareto-Parameter α schätzen, der die Pareto-Verteilung beschreibt. Ein niedriger Wert von α weist auf eine hohe Konzentration von Vermögen an der Spitze hin, während höhere Werte auf eine weniger starke Konzentration hindeuten. Zur Bestimmung des Parameters α gibt es zwei Möglichkeiten: Entweder man nutzt nur die Beobachtungen der Befragungsdaten oder man fügt die sehr hohen Fälle der manager magazin-Liste (Neßhöver/Bornefeld, 2023) hinzu und schätzt α mit beiden Datenabschnitten. Allerdings muss man für die sehr hohen Vermögen der Reichenliste ebenfalls wieder testen, ob und ab welchem Schwellwert die Vermögen der Pareto-Verteilung folgen. In Tabelle A.1 sind die Ergebnisse der mit OLS geschätzten α einmal ohne und einmal mit der Reichenliste zu sehen (vgl. Details zur Schätzmethode in Vermeulen, 2018).

Tabelle A1

Geschätzte Pareto-Parameter α in den Vermögensbefragungsdaten des Jahres 2023

	α	Standard- fehler	Anzahl Be- obachtungen	R^2
Originäres PHF	1,75	0,0038	713	0,997
PHF + sehr hohe Vermögen	1,41	0,0036	1.111	0,993

PHF = unbereinigte Vermögensbefragung Privater Haushalte und ihrer Finanzen der Deutschen Bundesbank. Schwellwert für die Pareto-Verteilung für die PHF-Beobachtungen 930.000 Euro; Schwellwert für die manager magazin-Fälle 500.000.000 Euro. Aufbereitung der manager magazin-Fälle von Jirmann und Trautvetter (2023).

Quellen: PHF, 2025; manager magazin-Reichenliste (Neßhöver/Bornefeld, 2023); eigene Berechnungen

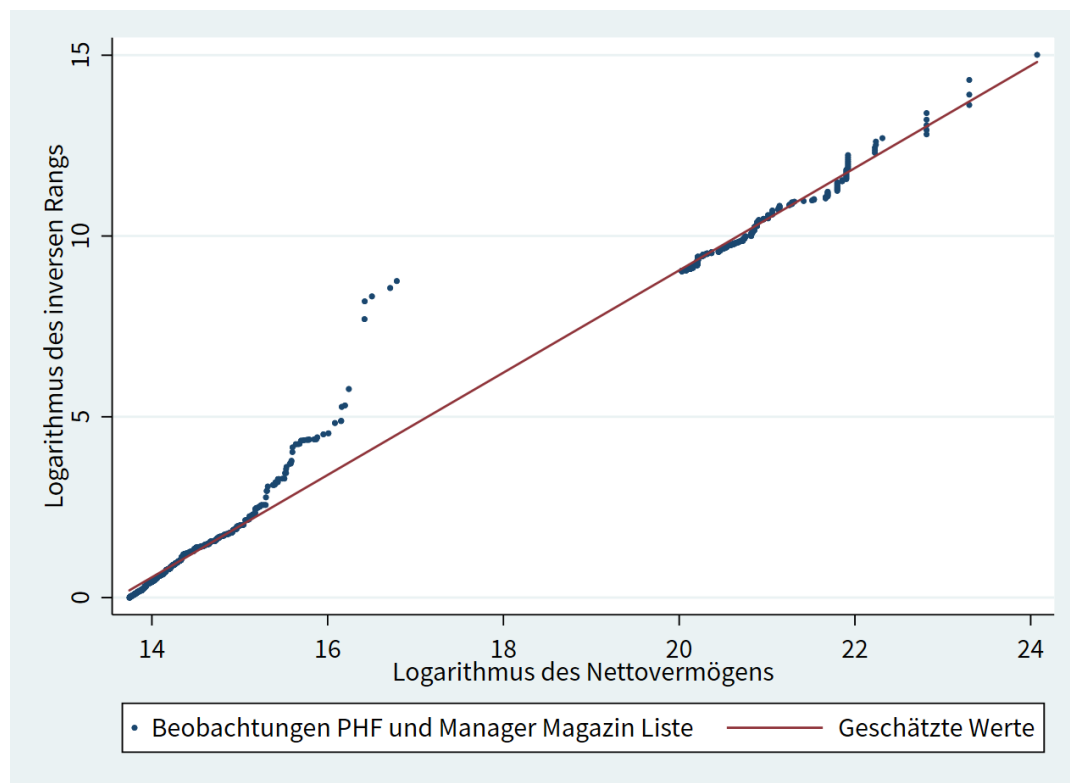
Für die künstlich erzeugten (synthetischen) Fälle, die die Lücke zwischen unbereinigten Vermögensbefragungsdaten und der manager magazin-Liste schließen sollen, muss ein α gewählt werden, welches die Pareto-Verteilung definieren soll. Für beide in Tabelle A.1 geschätzten Werte lassen sich Argumente für die Verwendung als Verteilungsparameter finden. In dieser Studie wird der Wert 1,41 gewählt, da angenommen wird, dass die statistisch hinzugeschätzten Fälle Teil einer gemeinsamen Verteilung aus Befragungsdaten- und Reichenlisten-Fällen sind. Die Verteilung der unbereinigten Befragungsdaten wird also

interpoliert bis zur Reichenliste. Da sich diese Annahme schwer überprüfen lässt, könnte auch die Annahme getroffen werden, dass die Verteilung der künstlich erzeugten Fälle eher der der originären Befragungsdaten entspricht und somit weniger stark konzentriert ist.

In Abbildung A.1 ist die grafische Darstellung der Pareto-Verteilung im oberen Bereich der Vermögensbefragungsdaten (PHF) und der manager magazin-Liste zu sehen. Die lineare Beziehung einer Pareto-Verteilung gilt, wenn der Logarithmus des gewichteten inversen Rangs einer Beobachtung in der Verteilung auf das logarithmierte Nettovermögen regressiert wird. Der Parameter α stellt dann den Steigungsparameter dar. Links liegen die Beobachtungen unbereinigten Vermögensbefragungsdaten und rechts die der manager magazin-Liste. Für die meisten Beobachtungen passt die geschätzte Pareto-Verteilung und sie liegen nah an der Regressionsgeraden.

Abbildung A.1

Geschätzte Pareto-Verteilung mit dem Parameter $\alpha = 1,41$



Quellen: PHF, 2025; manager magazin-Reichenliste (Neßhöver/Bornefeld, 2023); eigene Berechnungen

Zu erkennen ist außerdem, dass ab einem logarithmierten Nettovermögen von etwa 15, was ungefähr 3 Millionen Euro entspricht, die Beobachtungen in den unbereinigten Befragungsdaten sich nicht nur weiter von der Geraden entfernen, sondern auch dünner besetzt sind. Letzteres heißt, dass ab diesem Bereich das Erhebungskonzept der

Anhang

Befragungsdaten bereits nicht mehr ausreichend Befragte erreicht. Aus diesem Grund werden bereits ab einem logarithmierten Nettovermögen von 15, somit ab rund 3 Millionen Euro, die Beobachtungen der Vermögensbefragung durch die künstlich erzeugten Fälle ersetzt. Diese füllen die Lücke zwischen den verbleibenden Vermögensbefragungsdaten und denen der manager magazin-Liste.

Da die Vermögenszusammensetzung weder für die künstlich erzeugten Fälle noch für die Fälle der Reichenliste in den Daten verfügbar ist, müssen diese anhand eines statistischen Modells geschätzt werden. Die unbereinigten Vermögensbefragungsdaten enthalten Informationen zur Vermögenszusammensetzung und können dafür genutzt werden. Hierfür wird im Pareto-Bereich der Vermögensverteilung (ab einem Nettovermögen von 930.000 Euro) der Zusammenhang zwischen den Vermögensanteilen auf die Höhe des Nettovermögens regressiert. Anschließend wird die Vermögensstruktur mit dem Modell auf die hinzugeschätzten Nettovermögen und die Reichenliste extrapoliert. Folgendes Modell wird geschätzt:

$$\frac{X_i}{Z} = \beta_{0i} + \beta_{1i} \ln Y + \varepsilon_i,$$

bei dem X_i der Vermögenswert der Vermögensart i , Z das Bruttovermögen und Y das Nettovermögen sind. Geschätzt wird dieses Mehrgleichungsmodell für die Vermögensarten Finanzvermögen, Eigenheim, Versicherungsvermögen, Immobilienvermögen, Betriebsvermögen und sonstiges Sachvermögen mit allen pareto-verteilten Beobachtungen in den unbereinigten Vermögensbefragungsdaten, die ein positives X_i aufweisen. Da die entscheidende Vermögensart für die hohen Vermögen das Betriebsvermögen ist, wird dessen Anteil zuerst mithilfe des Modells auf die künstlich erzeugten Fälle und die Reichenliste übertragen. Der verbleibende Anteil am Gesamtvermögen wird dann entsprechend der Schätzungen für die anderen Vermögensbestandteile aufgeteilt, so dass sich alle Anteile zu eins addieren. Die so ermittelten Anteile werden mit dem jeweiligen Nettovermögen multipliziert, um die Vermögenswerte der einzelnen Vermögensarten zu erhalten.

Ansprechpartner/Impressum

Beate Neubauer

Abteilung Sozial- und Gesellschaftspolitik

Telefon 089-551 78-534

beate.neubauer@vbw-bayern.de

Wir möchten uns sehr bei unserem studentischen Mitarbeiter Henrik Engel für seine wertvolle und kompetente Unterstützung bei der Erschließung und Aufbereitung der Daten der verteilungsbasierten Vermögensbilanz (DWA) bedanken.

Impressum

Alle Angaben dieser Publikation beziehen sich ohne jede Diskriminierungsabsicht grundsätzlich auf alle Geschlechter.

Herausgeber

vbw

Vereinigung der Bayerischen
Wirtschaft e. V.

Max-Joseph-Straße 5
80333 München

www.vbw-bayern.de

Weitere Beteiligte

Dr. Martin Beznoska
Institut der deutschen Wirtschaft
Telefon 030-27877-101
beznoska@iwkoeln.de

Dr. Judith Niehues
Institut der deutschen Wirtschaft
Telefon 0221-4981-768
niehues@iwkoeln.de

Dr. Maximilian Stockhausen
Institut der deutschen Wirtschaft
Telefon 030-27877-134
stockhausen@iwkoeln.de